

Kantonsgericht
Verwaltungsgericht

kantonschwyz 

Rechenschaftsberichte 2003

Inhaltsverzeichnis

Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichts **3–58**

Strafrechtspflege	3
Zivilrechtspflege	19
Schuldbetreibung und Konkurs	21
Bezirksgerichte	32
Notariate und Grundbuchämter	44
Kantonsgericht	49
Schiedsgericht KVG	55
Anwaltskommission	56
Eidgenössische Rechtsmittelverfahren	58

Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts **59–68**

Schatzungskommissionen für Expropriationen	59
Gesetzgebungsbedarf	60
Geschäftsgang	61
Eidgenössische Rechtsmittelverfahren	68

Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichts

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Namens des Kantonsgerichts erstatten wir Ihnen gemäss § 62 der Gerichtsordnung Bericht über die Geschäftstätigkeit im Jahr 2003.

Schwyz, im März 2004

Der Präsident des Kantonsgerichts
Dr. Martin Ziegler

Strafrechtspflege

Bezirksämter

«Es wird auf die Tabellen 1 und 2 verwiesen.

Verbrechen und Vergehen

Es sind 4'403 Neueingänge zu verzeichnen (4'370).

Bei den Bezirken Schwyz (+17) und March (+34) sind gegenüber dem Vorjahr mehr neue Fälle eingegangen. In den Bezirken Gersau (-8), Höfe (-8) und Küssnacht (-2) dagegen ist die Zahl der Neueingänge leicht rückläufig. Im Bezirk Einsiedeln haben wir unveränderte Verhältnisse (332).

Die Zahl der Fälle mit unbekannter Täterschaft hat sich mit 2'670 Fällen gegenüber dem Vorjahr um 13 erhöht.

Im Jahr 2003 konnten 790 (696) Fälle mittels Strafbefehl erledigt werden. Die Strafprozessänderung mit der Kompetenzerweiterung der Untersuchungsrichter hat sich auf diesen einfachen Verfahrensgang positiv ausgewirkt.

In 93 (81) Fällen haben die Untersuchungsrichter Anklage erhoben, wovon auf den Bezirk Schwyz 53 (25), Höfe 12 (21), March 16 (26), Küssnacht 9 (4), Gersau 3 (3) und Einsiedeln 0 (2) fallen.

Per Ende 2003 sind bei den Bezirksämtern 804 (817) Fälle pendent.

Übertretungen

Die Übertretungstatbestände haben im Jahr 2003 deutlich abgenommen. So waren im Berichtsjahr 5'067 (5'522) Strafverfügungen auszufällen. Die Reduktion dürfte primär auf die Entfernung des Radars auf der A 3 in Altendorf zurückzuführen sein.

In 275 (331) Fällen wurde Einsprache erhoben. 84 (90) Strafverfügungen waren aufzuheben und 38 (25) Fälle dem Einzelrichter zu überweisen. Per Ende 2003 sind 104 (117) Einsprachen gegen Strafverfügungen pendent. Die ausgesprochene Gesamtbussensumme hat sich von Fr. 962'725.00 auf Fr. 880'359.00 reduziert; dies, obwohl in den Bezirken Gersau (+ Fr. 1'100.00), Einsiedeln (+ Fr. 6'630.00), Küssnacht (+ Fr. 7'275.00) und Höfe (+ Fr. 17'461.00) die Gesamtbussensumme zugenommen hat.

Die ausgesprochenen Hafttage nahmen um 74 auf 326 ab. Grössere Schwankungen sind in den Bezirken Schwyz (+ 94), March (- 85), Küssnacht (- 36) und Höfe (- 47) festzustellen. In Einsiedeln blieb die Zahl der Hafttage mit 15 gegenüber dem Vorjahr konstant. In Gersau wurde, wie bereits im Vorjahr, keine Haftstrafe verfügt.

Personelles

Die Bezirke Schwyz und Höfe haben die Stellenprozente der Untersuchungsrichter erheblich vergrössert. In Schwyz nahm lic. iur. Daniela Perez, in der Höfe lic. iur. Oliver Ackermann die Arbeit auf.

In Küssnacht wurden auf Weisung des Bezirksrates die Pensen von UR Gerber und Frau Bühler für das ganze Jahr 2003 wieder auf je 80 Prozent gesenkt, was sich auf die Pendenzenzahl negativ auswirkte.»

Tabelle 1

Bezirksämter in Strafsachen betreffend Übertretungen

Bezirke	Strafverfügungen			Einsprachen		Erfolgung der Einsprachen				Pendent Ende 2003
	Anzahl	Haft- tage	Bussen Fr.	Pendent Ende 2002	Erhoben 2003	Total	Strafverfügung aufgehoben	Weisung an Einzelrichter	Abtretung, Rückzug usw.	
Schwyz	1'533	172	276'365	41	78	119	32	9	49	29
Gersau	33	0	10'310	0	5	5	1	0	4	0
March	1'114	46	214'673	31	73	104	20	7	39	38
Einsiedeln	598	15	75'250	5	24	29	3	1	17	8
Küssnacht	389	73	73'360	10	30	40	8	2	18	12
Höfe	1'400	20	230'401	30	65	95	20	19	39	17
Total	5'067	326	880'359	117	275	392	84	38	166	104

Tabelle 2

Bezirksämter in Strafsachen betreffend Verbrechen und Vergehen

Bezirke	Anzahl Fälle				Pendent Ende 2003	Nicht- eröffnung	Art der Erledigung				Anklage	Abgetreten
	Pendent Ende 2002	Neuein- gänge	Total	Erledigt			Sistiert oder eingestellt	Strafbefehl	Sonstige			
Schwyz	276	1'464	1'740	1'474	266	78	909	117	213	53	104	
Gersau	21	48	69	52	17	12	22	4	11	3	0	
March	198	1'002	1'200	1'008	192	62	583	49	219	16	79	
Einsiedeln	71	332	403	338	65	12	234	24	61	0	7	
Küssnacht	69	446	515	417	98	20	252	29	64	9	43	
Höfe	182	1'111	1'293	1'127	166	75	670	94	222	12	54	
Total	817	4'403	5'220	4'416	804	259	2'670	317	790	93	287	

Jugendanwaltschaften

«Im *Kreis I* sind 268 (201) Neueingänge zu verzeichnen. 176 (171) Strafverfügungen wurden erlassen. Es wurden keine (2) Anklagen beim kantonalen Jugendgericht erhoben. Per Ende 2003 sind 45 (18) Fälle pendent.

Vorsorgliche Massnahmen nach § 117 StPO mussten keine (0) angeordnet werden.

Zwei (1) Jugendliche wurden gestützt auf § 118 StPO wegen Kollusions- und Verdunklungsgefahr in Untersuchungshaft gesetzt.

Bei sechs (3) Jugendlichen wurde die kantonale Schutzaufsicht im Sinne von § 119 StPO beigezogen. Bei einem Jugendlichen wurde Kontakt mit der Vormundschaftsbehörde wegen vorbestehender vormundschaftlicher Massnahmen aufgenommen.

Gegenüber 24 (15) Jugendlichen wurde als Sanktion eine Arbeitsleistung zwischen einem halben bis vier Tagen verhängt.

In neun (2) Fällen kam es zu Einschliessungsstrafen, wobei vier Jugendlichen der bedingte Strafvollzug gewährt wurde. Gegenüber zwei (4) Jugendlichen wurde die Anordnung einer Strafe oder Massnahme gestützt auf Art. 94 Abs. 1 StGB aufgeschoben bei einer Probezeit von 1 bzw. 1½ Jahren. Einer der beiden Jugendlichen wurde während der Probezeit unter Schutzaufsicht gestellt, der andere befindet sich in einer vormundschaftlichen Massnahme. Bei fünf Jugendlichen wurde in Anwendung von Art. 66 bis StGB von jeder Strafe und Massnahme abgesehen.

Bei den Übertretungen stieg die Anzahl der neu eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr von 134 auf 179, bei den Verbrechen und Vergehen von 67 auf 89 Fälle an.

Im *Kreis II* sind 67 (57) Neueingänge zu verzeichnen. 50 (41) Strafverfügungen wurden erlassen. Anklage musste wie bereits in den letzten drei Jahren keine erhoben werden. Per Ende Jahr sind noch 2 (1) Fälle pendent.

2003 waren 3 (5) U-Haftfälle zu verzeichnen und zwar von einem, zwei und sieben Tagen. In einem (0) Fall wurde das kantonale Schutzaufsichtsamt im Sinne von § 119 StPO beigezogen.

Vorsorgliche Massnahmen im Sinne von § 117 StPO sind keine (0) zu melden. Gegenüber acht (0) Jugendlichen wurde als Sanktion eine Arbeitsleistung zwischen 1½ und 3 Tagen verhängt. In einem Fall musste der für eine Busse von Fr. 400.00 gewährte bedingte Strafvollzug widerrufen werden.

In zwei Fällen kam es zu bedingten Einschliessungsstrafen von 3 und 7 Tagen, wobei den Jugendlichen der bedingte Strafvollzug gewährt wurde.

Im *Kreis III* gingen im Berichtsjahr 244 (222) neue Fälle ein. Es wurden 206 (189) Strafverfügungen erlassen. Eine (0) Anklage gegen einen Jugendlichen war zu erheben. 13 (8) Fälle sind per Ende 2003 pendent.

Vorsorgliche Massnahmen nach § 117 StPO mussten zwei (2) angeordnet bzw. weitergeführt werden. Die Fremdplatzierungen erfolgten jeweils in Absprache mit den zuständigen Vormundschaftsbehörden und mit dem Schutzaufsichtsamt. In einem dieser Fälle hat der Jugendliche im Laufe des Jahres den Erfolg der Massnahme selbst vereitelt und sich wiederholt abgesetzt. Dieser Fall konnte bzw. musste mittlerweile dem Verhöramt Schwyz abgetreten werden. Im anderen Falle konnte die vorsorgliche Massnahme soweit erfolgreich durchgeführt werden; hier wird es zu einer Beurteilung durch das Kantonale Jugendgericht kommen müssen. In einem (5) Fall wurde U-Haft nach § 118 StPO angeordnet. Die Untersuchungshaft wurde im Bezirksgefängnis der March in Lachen vollzogen. Bei diesem Vollzug ergaben sich keine Probleme. Die Haft konnte anschliessend im Bezirksgefängnis Horgen (Jugendabteilung) weitergeführt werden. Das Bezirksgefängnis Horgen, welches über eine spezielle Jugendabteilung verfügt, hat der Jugendanwaltschaft Kreis III auch weiterhin die Zusammenarbeit angeboten. Sie hat sich bewährt.

Die Zusammenarbeit mit dem Schutzaufsichtsamt wurde intensiviert, nachdem im Laufe des Jahres 2003 eine spezielle «Aussenstelle» in Pfäffikon in Betrieb genommen werden konnte. Das Schutzaufsichtsamt hat signalisiert, dass gewisse weitere Kapazitäten für Abklärungsaufträge damit vorhanden sind. So konnten im Laufe des Jahres 2003 fünf Abklärungsaufträge erteilt werden.

Als Besonderheit muss erwähnt werden, dass vermehrt Anzeigen im Zusammenhang mit Gewalt unter Jugendlichen erstattet werden. Hierbei geht es vornehmlich um Konflikte zwischen Schweizern und Ausländern. Die Zunahme der zu bearbeitenden Fälle im Jahre 2003 ist teilweise auf Anzeigen im Zusammenhang mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zurückzuführen. Dieser Entwicklung soll deshalb auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.»

Jugendanwaltschaften

Tabelle 3

Kreis	Anzahl Fälle			Erledigung					
	Pendent Ende 2002	Eingegangen 2003	Total	Nicht-eröffnet	Sistiert oder eingestellt	Strafverfügung	Anklage	Abgetreten	Pendent Ende 2003
I	18	268	286	19	15	176	0	31	45
II	1	67	68	0	10	50	0	6	2
III	8	244	252	11	2	206	1	19	13
Total	27	579	606	30	27	432	1	56	60

Jugendanwälte 2003

Tabelle 3a

Deliktart	Anzahl Delikte nach Geschlecht der Täter												Durchschnittsalter der Täter													
	männlich						weiblich						total													
	Verbrechen		Übertretung		Verbrechen		Übertretung		Verbrechen		Übertretung		Verbrechen		Übertretung											
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	III											
1. Widerhandlung gegen das StGB																										
gegen Leib und Leben	16	14	17	9	3								16	14	17	9	3	16,40	15,75	16,90	16,25	16,80				
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	39	4	16	19	8	9	6	5	7	5	3	45	9	16	26	13	12	16,15	16,00	16,50	16,12	15,75	16,60			
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	2	1					1					2	2					16,00	15,50							
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	16	8					1					17	8					16,17	16,60							
strafbare Handlungen gegen die Stillehkeit	1											1							17,00							
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie																										
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	1	1	2				1					2	1	2				16,00	17,00	15,00						
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit																										
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	1											1						16,00								
Fälschung von Geld, amtl. Vertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht	1											1						16,00								
Urkundenfälschung	2						1					3						16,60								
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	2											2						16,50								
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt				1									1									17,00				
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	1	1	1				1					2	1	1				16,00	16,00	15,00						
2. Widerhandlungen gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung																										
	5	1	2	32	1	12						12	4	5	1	2	44	16	16,20	17,00	17,00	15,95	16,00	17,10		
3. Widerhandlungen gegen die Strassenverkehrs-gesetzgebung																										
	11	5	10	74	68	59	1					10	2	7	11	6	10	84	70	66	16,30	16,50	16,70	15,75	16,00	16,40
4. Übrige																										
	15	1	27	4	32							1	2	15	1	28	4	34			16,00	16,57	16,25	16,90		
Total	111	26	57	165	81	115	10	7	0	30	7	16	121	33	57	195	88	131	16,23	16,13	16,63	15,96	16,00	16,76		

Kinderstrafsachen

«Mit der Novelle der Strafprozessordnung vom 11. Oktober 2002 wurden neu die 30 Untersuchungsbeamte für Kinderstrafsachen der Gemeinden der Fachaufsicht der Staatsanwaltschaft unterstellt. Die administrative Aufsicht obliegt nach wie vor den einzelnen Gemeinden.

Die Erfahrungen dieses ersten Kontrolljahres zeigen ein recht unterschiedliches Bild der Arbeitsbewältigung. Das Spektrum reicht von absolut einwandfreier Erledigung, zuviel des Guten bis zu völliger Untätigkeit. Entsprechend mühsam gestaltete sich nur schon die Sammlung der einzelnen Jahresstatistiken, obwohl hierzu ein Formular abgegeben wurde.

Im Interesse der Kinder ist flächendeckend eine baldige Professionalisierung der Institution ins Auge zu fassen.»

Tabelle 3b

Pendenzen aus Vorjahr	Eingang 2003	Total 2003	Erledigt 2003	Pendenzen Ende 2003
13	169	182	118	64

Verhöramt des Kantons Schwyz

«Es wird auf die Tabellen 4 und 4a verwiesen.

Geschäftslast

Im Berichtsjahr sind beim Verhöramt 803 Fälle eingegangen. Der Höchststand vom Vorjahr (858) hat sich damit nicht vollständig wiederholt. Im Vergleich zum Jahr 2001 ist jedoch noch immer ein starker Anstieg zu verzeichnen (+170). Über die letzten 10 Jahre gesehen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Anzahl Strafuntersuchungen festzustellen.

Die Anzahl Erledigungen hat sich im Berichtsjahr weiter erhöhet (+169). Insgesamt wurden 907 Strafuntersuchungen abgeschlossen. Die Anzahl Pendenzen reduzierte sich damit um 104 oder einen Drittel. Am Jahresende waren noch 209 Verfahren pendent, wovon nur mehr 14 älter als zwei Jahre waren (-5). 26 Strafuntersuchungen wegen Pornographie im Rahmen der Aktion «Genesis», welche das Verhöramt als ausserordentliche Untersuchungsbehore für vier Bezirke durchführte, wurden Anfang Oktober 2003 abgeschlossen.

Wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz wurden 67 Strafverfahren eröffnet. Sie betrafen zur Hauptsache den illegalen Hanfanbau und -vertrieb. In diesem Zusammenhang wurden bei den Angeschuldigten mehrere hunderttausend Franken beschlagnahmt.

Personelles und Ausbildung

Im Berichtsjahr blieb der Personalbestand des Verhoramtes unverändert. Untersuchungsrichter Dr. Roland Meier schloss im Juni das Nachdiplomstudium zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität erfolgreich ab. Zwei weitere Untersuchungsrichter absolvieren zurzeit dieses Studium. Die beiden Sachbearbeiterinnen Isabell Kälin und Liliana De Nardi haben im Juni die Schlussprüfung der Verwaltungsschule ebenfalls erfolgreich bestanden. Eine Untersuchungsrichterin und eine Sachbearbeiterin wirkten als Instruktorinnen bei der kantonalen Ausbildung der Polizeianwärter mit.

Büro für Wirtschaftsdelikte

Die drei Untersuchungsrichter für Wirtschaftsdelikte haben im Berichtsjahr insgesamt 70 Untersuchungen abgeschlossen (+22). Wie schon in den Vorjahren handelt es sich bei der Mehrzahl dieser Fälle um Vermögensdelikte, die im Wesentlichen in die Kategorien Anlagebetrug sowie betriebliche Delinquenz von Geschäftsführern und Mitarbeitern eingeteilt werden können. Rund ein Viertel aller Fälle betraf Konkursdelikte. Dazu gehört auch die Strafuntersuchung im bisher grössten Konkursfall im Kanton Schwyz, dem Zusammenbruch der Bank Globo in Pfäffikon im Jahr 1999. Diese Straf-

untersuchung wurde abgeschlossen und zur Erhebung der Anklage an die Staatsanwaltschaft überwiesen. Bei den übrigen Fällen handelt es sich um Steuerbetrüge, Geldwäscherei, Urkundendelikte sowie Rechtshilfeersuchen anderer Kantone und ausländischer Staaten. Das Büro für Wirtschaftsdelikte beteiligt sich an einem Benchmarkingprojekt, bei welchem sieben Kantone der deutschsprachigen Schweiz die Leistungen ihrer Abteilungen für Wirtschaftsdelikte vergleichen. Es sind dies die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Luzern, St. Gallen, Zürich, Zug und Schwyz. Die erste Auswertung zeigt für den Kanton Schwyz ein erfreuliches Ergebnis, insbesondere in den Bereichen Durchlaufzeiten der Fälle und Anteil der Fälle älter als 12 Monate sowie Produktivität der Mitarbeiter. Im interkantonalen Vergleich erwies sich die enge Zusammenarbeit mit dem Dienst Wirtschaftsdelikte der Kantonspolizei als klarer Vorteil.

Sexualdelikte an Kindern/Opferhilfegesetz

Im Berichtsjahr hat das Verhöramt 19 Strafverfahren wegen sexueller Handlungen mit Kindern eröffnet. Als Opfer betroffen waren insgesamt 28 Kinder. Am ehemaligen Standort des Kreiskommandos Schwyz an der Lückenstrasse 12 wurden Räumlichkeiten zur altersgerechten Befragung von Kindern als Opfer eingerichtet.

Aussergewöhnliche Todesfälle

Die Untersuchungsrichter sind im Pikettdienst an insgesamt 59 Todesfälle ausgerückt, deren Ursache unklar war (-10). Unter Beizug des Bezirksarztes wurde dabei gemäss § 44 StPO regelmässig eine Legalinspektion durchgeführt. In 16 Fällen hat der Untersuchungsrichter zusätzlich eine Obduktion im Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich angeordnet. Wegen vorsätzlicher Tötung wurde eine Strafuntersuchung eröffnet.

Haftfälle

Im Berichtsjahr nahmen die kantonalen Untersuchungsrichter 93 (+31) Angeschuldigte in Untersuchungshaft. Für 40 Gefangene dauerte die Haft weniger als 5 Tage, für 11 Gefangene 5–10 Tage und für 42 Gefangene mehr als 10 Tage.

Rechtshilfe

In 8 Fällen gewährte das Verhöramt interkantonale Rechtshilfe. Als zuständige Behörde gemäss Art. 24 des Konkordates über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen erteilte das Verhöramt in 58 Fällen ausserkantonalen Untersuchungsbehörden die Zustimmung zur Inanspruchnahme der Kantonspolizei Schwyz. In 11 ausländischen Strafverfahren war internationale Rechtshilfe zu leisten.»

Kantonsverhöramt

Tabelle 4

Anzahl Fälle			erledigt durch						pendent
Alte	Neue	Total	Nichteröffnung	Einstellung	Sistierung	Abtretung	Weisung zur Anklage	Strafbefehl	Davon 7 gegen unbekannte Täterschaft 2 bei a.o. UR
313	803	1116	199	114	259	156	106	73	209

Verfahrensdauer (Eingang bis Entscheid):

bis 3 Monate:	413	bis 2 Jahre:	98
bis 6 Monate:	133	über 2 Jahre:	32
bis 1 Jahr:	231		

Tabelle 4a

Neueingänge	Pendent am 31.12.2002	Erledigungen im 2003	davon BfW	Pendent am 31.12.2003	davon BfW
1997: 754	3	3	3	0	0
1998: 683	3	2	1	1	0
1999: 669	8	7	2	1	0
2000: 589	5	4	2	1	0
2001: 633	40	29	4	11	5
2002: 858	254	214	26	40	13
2003: 803	0	648	32	155	34
Total	313	907	70	209	52

Staatsanwaltschaft

«Beschwerden/Gesuche

Pendenzen per Ende 2002	7	
Neueingänge 2003	69	<u>76</u>

Erledigungen

gutgeheissen	13	
abgewiesen	23	
gegenstandslos geworden	6	
Nichteintreten	11	
teilw. gutgeheissen/teilw. abgewiesen	3	<u>56</u>
pendent per Ende 2003		20

Die im Berichtsjahr eingegangenen Beschwerden/Gesuche betrafen:

– Nichteröffnung von Strafuntersuchungen	25
– Einstellung von Strafuntersuchungen	13
– Durchsuchung/Beschlagnahme	8
– Ersatzmassnahme	3
– Abtretung	3
– unentgeltliche Rechtspflege	2
– Nichteintreten auf Einsprachen	2
– Aufsicht	2
– Ausstand	2
– Baustrafrecht	1
– Parteikostenentschädigung	1
– Herausgabeverfügung	1
– Verfügungssperre	1
– Fachärztliche Begutachtung	1
– Verweigerung Akteneinsicht	1
– Rechtsverzögerung	1
– Rechtsvertretung	1
– amtl. Verteidigung	<u>1</u>
Total	69

Gegenüber dem Vorjahr ist eine erneute Zunahme der Neueingänge der Beschwerden/Gesuche von 66 auf 69 festzustellen. Die massive Zunahme der Anklageerhebungen hatte im Gegenzug einen Anstieg der Durchlaufzeit bei den Beschwerden und mithin eine Zunahme der Pendenzen zur Folge.

Anklagen

Im Jahr 2003 wurden beim kantonalen Strafgericht 51 (22) Anklagen erhoben. In 2 (7) Fällen wurde die Anklage bei den Bezirksgerichten durch die Staatsanwaltschaft eingereicht und vor Schranken vertreten.

Einstellungen

19 (61) vom Kantonsverhöramt überwiesene Prozeduren konnten eingestellt werden.

Mit der Änderung von § 70 StPO kommt dem Verhöramt seit dem 1. Januar 2003 nebst der Staatsanwaltschaft Einstellungskompetenz zu. Diese wirkte sich für die Staatsanwaltschaft aufwandmindernd aus, auch wenn die Entscheidprüfung verblieb.

Rechtshilfe

In 28 (28) Fällen wurde die Staatsanwaltschaft von ausländischen Strafverfolgungsbehörden um Rechtshilfe angegangen.

Verfahrensdauer

Verfahren mit einer Dauer von über zwei Jahren sind keine pendent.

a.o. Mandat

Benno Annen wurde erneut mit einem Mandat als ausserordentlicher Staatsanwalt im Kanton Zug betraut.

Aufsicht

Während des Berichtsjahres visitierte die Staatsanwaltschaft die Bezirksämter, die Jugendanwaltschaften sowie das Verhöramt ein- oder zweimal. Problematische Fälle wurden mit den UR erörtert und vor allem die Verfahrensdauer unter Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes geprüft. Bei wesentlichen Verzögerungen wurden für die Erledigung Termine gesetzt. Die Untersuchungsrichter aller Ämter legten über Fälle mit einer Verfahrensdauer von über sechs Monaten per Ende Jahr schriftlich Rechenschaft ab.

Die Tätigkeit der unterstellten Ämter gab bei 36 (38) Strafbefehlen Anlass zum Einschreiten; gegen 9 (38) Strafverfügungen hat die Staatsanwaltschaft Einsprache erhoben; 7 (13) Einstellungsverfügungen wurden aufgehoben. 11 Anklageschriften der Bezirks-Untersuchungsrichter berichtigte die Staatsanwaltschaft. 15 Mal hat sich die Staatsanwaltschaft schriftlich zu materiellen und formellen Rechtsfragen geäußert. Recht zahlreich sind telefonische Rücksprachen der Ämter mit der Staatsanwaltschaft. Nicht zuletzt wegen der

Aufstockung der UR-Stellen in den vergangenen Jahren nahm die Beratungstätigkeit zeitlich spürbar zu.

Von der laufenden Strafuntersuchung «Genesis» wurde der Kanton Schwyz nicht verschont. Aus Zweckmässigkeitsgründen wurde die ganze Untersuchung anstelle der vier zuständigen Bezirksamter dem Verhöramt übertragen. Sämtliche Verfahren konnten per Ende Oktober 2003 abgeschlossen werden.

Personelles

Die 2002 bei der Staatsanwaltschaft eingerichtete Praktikantenstelle wurde im Berichtsjahr von lic. iur. Angelica Moser und lic. iur. Helena Diethelm je 4 Monate genutzt.»

Bezirksgerichte in Strafsachen siehe Berichte und Tabellen auf Seiten 32 ff.

Kantonales Straf- und Jugendgericht

«Es wird auf die Tabellen 5 und 5a verwiesen.

Personell ergaben sich im Berichtsjahr folgende Bewegungen: Die Gerichtsschreiberin lic. iur. Patricia Thurner glich mit einem Mehrpensum einen Schwangerschaftsurlaub und einen unbezahlten Urlaub der Gerichtsschreiberin lic. iur. Rosa Märchy Betschart aus. Zur Bearbeitung einzelner Fälle wurden in den Monaten Januar bis Juni lic. iur. Sibylle Betschart und in den Monaten Oktober bis Dezember ic. iur. Urban Baumann als ausserordentliche Gerichtsschreiber eingesetzt.

Neu geschaffen wurde am Strafgericht die Möglichkeit der Praktikantenausbildung als Grundlage für das kantonale Anwaltspatent. Als Praktikant war lic. iur. Bruno Suter vom 1. Januar bis zum 30. Juni für das Strafgericht tätig. Mit der Praktikantenstelle wird ein Beitrag zu den Voraussetzungen für das kantonale Anwaltspatent geleistet. Dabei können andere hierfür in Frage kommenden Gerichte entlastet werden.

Für den zahlenmässigen Überblick über die Geschäftstätigkeit wird auf die Tabelle 5, «Kantonales Strafgericht/Jugendgericht 2003», «Verfahrensdauer bei Anklagen/Urteilen 2003» und «Strafgericht Schwyz Tätergruppen 2003» verwiesen.

Strafgericht

Im Berichtsjahr war eine erhebliche Mehrbelastung des Strafgerichtes zu verzeichnen. Diese ist auf die sich abzeichnenden Auswirkungen des Ausbaus des Verhörarnes zurückzuführen, teils im Hinblick auf die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, teils im Bereich der Straftaten gegen Kinder (Videobefragungen etc.). Als Folge ist der Anteil zeitraubender Verfahren mit Delikten wirtschaftlichen Charakters und umfangreichen Dossiers deutlich steigend. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden durch die abstrakte Anzahl der Geschäftseingänge nur teilweise wiedergegeben. Schon diese Anzahl betrug mit 52 Neueingängen (davon 51 Anklagen und 1 Begehren nach Art. 60 StGB) mehr als das Doppelte als im Vorjahr (2002: 24; 2001: 38; 2000: 25). 39 Fälle wurden erledigt (2002: 27; 2001: 37; 2000: 35). Die Zahl penderter Fälle stieg auf 30 an (2002: 17; 2001: 20; 2000: 19). Ausser zwei zusammenhängenden Wirtschaftsfällen, deren Behandlung durch Nebenverfahren vor anderen Gerichtsinstanzen verzögert wurde, wurden alle vor dem Berichtsjahr eingegangenen Fälle im laufenden Jahr erledigt. Einer dieser zwei Fälle wurde im November beurteilt, und das Urteil wird voraussichtlich im Januar versandt.

Von den 39 erledigten Fällen erforderten 21 begründete Urteile. Damit sank der Anteil begründeter Urteile leicht auf 53.9 % (2002: 59.3 %; 2001: 62.2 %; 2000: 54.3 %) und in 46.1 % der Fälle wurde von allen Parteien auf eine Urteilsbegründung verzichtet. Im Berichtsjahr wurden gegen Entscheide des Strafgerichts auffallend weniger Rechtsmittel ergriffen. Gegen 9 Urteile wurde Berufung an das Kantonsgericht erklärt, somit lediglich in 23.1 % der Fälle (2002: 40.7 %; 2001: 40.5 %; 2000: 34.3 %). In dieser Zahl sind allfällige Rückzüge von Berufungen beim Kantonsgericht nicht berücksichtigt.

Der Präsident des Strafgerichtes als Einzelrichter hatte wie gewohnt wenig Aufwand. Im Berichtsjahr gingen 2 Fälle ein (2002: 1; 2001: 1; 2000: 0), von denen einer erledigt wurde.

2003 wurden 27 Rechtshilfeersuchen ausländischer Gerichte gestellt, somit ebenfalls deutlich mehr als bisher (2002: 15; 2001: 12; 2000: 18). Die Grundlage bildet eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Strafprozess mittels entsprechender Staatsverträge. 24 Gesuche inklusive eines vorjährigen wurden erledigt, und 4 Ersuchen sind pendent.

Der erheblich höheren Geschäftslast ist im Jahr 2004 personell zurückhaltend mit einem angepassten Einsatz im Aushilfestatus zu begegnen, vorerst unter Beobachtung der weiteren Entwicklung.

Jugendgericht

Der Aufwand des Jugendgerichtes und dessen Präsidenten als Einzelrichter fällt wie gewohnt kaum ins Gewicht. Im laufenden Jahr gingen 2 Geschäfte ein, die erledigt wurden (2002: 0; 2001: 0; 2000: 3).»

Kantonales Straf- und Jugendgericht

Tabelle 5

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Strafgericht	17	52	69	39	30
Einzelrichter	0	2	2	1	1
Jugendgericht inkl. Einzelrichter	0	2	2	2	0
Rechtshilfe	1	27	28	24	4

Verfahrensdauer

1 bis 90 Tage
 91 bis 180 Tage
 181 Tage bis 1 Jahr
 über 1 Jahr

	Strafgericht	Einzelrichter	Jugendgericht
1 bis 90 Tage	6	0	0
91 bis 180 Tage	11	1	1
181 Tage bis 1 Jahr	19	0	1
über 1 Jahr	3	0	0

Strafgericht Schwyz Tätergruppen

Tabelle 5a

Sanktionen		Behandelte Geschäfte 2003	Nationalität		Geschlecht		Altersgruppen		
			CH	Ausl.	männl.	weibl.	18-30	30-40	über 40
Urteil	Total	39	22	17	38	1	14	12	13
	über 10 Jahre								
	5 bis 10 Jahre								
	1 bis 5 Jahre	24	14	10	23	1	8	10	6
	6 bis 12 Monate	9	3	6	9		5	1	3
	unter 6 Monate	3	2	1	3		1		2
	nur Busse	1	1		1				1
	Einstellungen								
	nur Massnahme								
	Freispruch mit Kostenauflage								
	Totalfreispruch	2	2		2			1	1
Urteil-Zusatz	Verwahrung auf unbest. Zeit								
	Massnahme/Strafaufschub	1	1		1		1		
Vollzug	bedingt	21	13	8	21		8	8	5
	unbedingt	16	7	9	15	1	6	3	7
Landesverweis	bedingt	5		5	5		3		2
	unbedingt	7		7	7		4	3	

Vermittlerämter

Bei den Vermittlerämtern aller Gemeinden gingen 999 (im Vorjahr 974) Klagen ein. Hiervon wurden 53 durch den Vermittler entschieden (34), 120 (102) zurückgezogen und 291 (278) im Sühneverfahren erledigt. 553 (536) Fälle, d.h. 55 % (wie im Vorjahr) der Verfahren, wurden an die Gerichte oder den Untersuchungsrichter gewiesen. In 5 Fällen war das Vermittleramt nicht zuständig (Tabelle 6).

Vermittlerämter

Tabelle 6

	Pendenzen Vorjahr	Klageeingänge Berichtsjahr	Total	entschieden	zurückgezogen	vermittelt	gewiesen an				Pendent
							Bezirksgericht	Einze Richter	Bezirksamt	Kantonsgericht	
Schwyz	10	54	64	0	15	15	20	8	1	0	5
Arth	5	75	80	6	1	28	14	29	0	0	2
Ingenbohl	7	38	45	1	6	11	12	11	0	0	4
Muotathal	0	8	8	4	1	0	3	0	0	0	0
Steinen	1	10	11	1	1	2	3	4	0	0	0
Sattel	1	7	8	0	1	2	4	1	0	0	0
Rothenthurm	0	21	21	2	7	4	4	3	0	0	1
Oberiberg	0	3	3	0	2	0	0	0	0	0	1
Unteriberg	0	10	10	0	1	3	5	0	0	0	1
Lauerz	0	3	3	1	1	0	0	1	0	0	0
Steinerberg	0	5	5	0	2	1	2	0	0	0	0
Morschach	0	10	10	1	1	2	4	2	0	0	0
Alpthal	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Illgau	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Riemenstalden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gersau	0	17	17	0	1	3	9	4	0	0	0
Lachen	0	53	53	3	4	13	16	16	1	0	0
Altendorf	2	45	47	3	3	12	11	17	1	0	0
Galgenen	3	53	56	8	4	14	10	18	0	0	2
Vorderthal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Innerthal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schübelbach	1	44	45	0	4	13	8	18	0	0	2
Tuggen	2	7	9	0	0	4	5	0	0	0	0
Wangen	3	17	20	0	0	6	6	8	0	0	0
Reichenburg	2	17	19	0	0	12	6	1	0	0	0
Einsiedeln	7	72	79	0	9	29	8	21	0	0	12
Küssnacht	3	86	89	3	12	28	18	26	0	0	2
Wollerau	3	100	103	5	6	32	35	24	0	0	1
Freienbach	6	208	214	13	34	47	41	71	0	0	8
Feusisberg	4	34	38	2	4	9	18	4	0	0	1
Total:	60	999	1'059	53	120	291	263	287	3	0	42

Bezirksgerichte in Zivilsachen siehe Berichte und Tabellen auf Seiten 32 ff.

Betreibungs- und Konkursämter

Gemäss Tabelle 7 sind im Berichtsjahr insgesamt 26'344 (Vorjahr 27'769) Betreibungsbegehren gestellt worden, 16'406 (17'970) Fortsetzungsbegehren und 1 266 (1'132) Verwertungsbegehren. Es wurden 11'797 (12'765) Pfändungen vollzogen, 1'149 (1'219) Konkursandrohungen erlassen, 25 (34) Arresturkunden, 49 (48) Retentionsurkunden, 0 (4) Wechselproteste ausgestellt und 138 (148) Eigentumsvorbehalte eingetragen. Über die Ämter sind 45,878 Mio. Franken (35,858 Mio.) getilgt worden. Andererseits mussten 9'151 (8'716) Pfandausfall- und Verlustscheine über total 38,486 Mio. Franken (35,808 Mio.) ausgestellt werden.
Viehverschreibungen: Keine (wie im Vorjahr).

Schuldbetreibung und Konkurs

Betreibungsämter

Tabelle 7

Betreibungskreise	Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 2000	Eingegangene Betreibungsbegehren	Ausgestellte Zahlungsbefehle für						
			Pfändung	Konkurs	Faustpfänder	Grundpfänder	Wechselbetreibung	Miet- und Pachtzinsen	Total
Schwyz	13'802	1'864	1'746	111	5	2	0	0	1'864
Arth	9'593	2'229	1'958	271	0	0	0	0	2'229
Ingenbohl	} 7'482	1'569	1'341	217	3	8	0	0	1'569
Riemenstalde									
Muotathal	3'507	375	307	68	0	0	0	0	375
Steinen	2'775	344	325	18	1	0	0	0	344
Sattel	1'402	272	258	14	0	0	0	0	272
Rothenthurm	2'089	404	375	29	0	0	0	0	404
Oberiberg	718	129	127	0	0	2	0	0	129
Unteriberg	2'220	519	492	25	0	2	0	0	519
Lauerz	874	141	115	26	0	0	0	0	141
Steinerberg	896	102	97	5	0	0	0	0	102
Morschach	958	159	139	18	0	2	0	0	159
Alpthal	445	50	50	0	0	0	0	0	50
Illgau	721	92	89	3	0	0	0	0	92
Gersau	1'934	378	336	39	0	3	0	0	378
Lachen	6'272	1'666	1'563	88	14	1	0	0	1'666
Altendorf	4'638	1'013	919	86	4	3	1	0	1'013
Galgenen	3'927	1'008	951	54	0	3	0	0	1'008
Vorderthal	988	181	167	14	0	0	0	0	181
Innerthal	167	9	9	0	0	0	0	0	9
Schübelbach	7'030	2'340	2'155	179	3	3	0	0	2'340
Tuggen	2'646	322	290	31	0	1	0	0	322
Wangen	4'540	826	777	48	0	1	0	0	826
Reichenburg	2'787	646	588	56	0	2	0	0	646
Einsiedeln	12'622	2'336	2'147	176	4	9	0	0	2'336
Küssnacht	10'704	2'036	1'744	275	10	7	0	0	2'036
Höfe	22'908	5'334	4'620	685	17	10	2	0	5'334
Total	128'704	26'344	23'685	2'536	61	59	3	0	26'344

Schuldbetreibung und Konkurs

Fortsetzungsbegehren			Pfändung				Verwertungsbegehren					Aufschubbewilligungen
für		Total	Total	von Liegenschaften oder Pferenzen	für gewöhnliche Betreibung	für gewöhnliche Betreibung	von Faustpfändern	von Grund- pfändern		Total		
Pfändung	Konkurs							Liegenschaften	Pferenzen			
1'028	40	1'068	1'036	20	1'016	32	12	14	0	58	14	
1'482	149	1'631	754	0	754	6	0	0	0	6	0	
904	114	1'018	788	4	784	65	1	5	0	71	12	
173	51	224	79	0	79	10	0	0	0	10	8	
193	6	199	179	0	179	5	0	0	0	5	4	
124	8	132	125	6	119	7	0	1	0	8	5	
244	9	253	245	8	237	6	0	6	0	12	6	
62	0	62	57	0	57	0	0	0	0	0	0	
301	9	310	170	3	167	3	0	2	1	6	3	
66	16	82	63	19	44	6	0	14	0	20	12	
50	0	50	26	0	26	0	0	0	0	0	0	
86	2	88	76	0	76	5	0	0	0	5	0	
37	0	37	33	0	33	33	0	0	0	33	0	
44	2	46	26	0	26	0	0	0	0	0	1	
201	7	208	167	3	164	14	0	3	0	17	6	
1'001	35	1'036	752	7	745	150	7	2	1	160	82	
584	31	615	357	21	336	41	0	1	0	42	14	
635	48	683	495	6	489	28	6	2	0	36	6	
131	8	139	101	4	97	11	0	4	0	15	3	
4	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1'517	104	1'621	1'461	4	1'457	123	0	0	0	123	21	
229	12	241	171	4	167	16	0	1	0	17	0	
561	31	592	515	3	512	38	4	1	0	43	4	
406	43	449	311	2	309	38	0	0	0	38	8	
1'683	76	1'759	1'354	15	1'339	130	5	18	0	153	65	
1'112	126	1'238	653	8	645	66	6	11	0	83	12	
2'304	317	2'621	1'803	15	1'788	286	2	17	0	305	122	
15'162	1'244	16'406	11'797	152	11'645	1'119	43	102	2	1'266	408	

Schuldbetreuung und Konkurs

Steigerung			andere Verwertungsbegehren	Verluste				Konkursandrohungen	Arresturkunden	Retentionsurkunden	Wechselproteste	Eigenbüchsenverhalte	eingebraachte Beträge in Fr.	Verwertungsbegehren
Betreibung auf Pfändung	Betreibung auf Pfändungsverwertung	Total		Pfändausfallscheine	Verlustscheine	Total	Betrag in Fr.							
8	8	16	0	0	580	580	1'467'963.00	39	5	0	0	56	7'178'000.00	0
0	0	0	152	0	999	1'151	3'574'000.00	92	0	0	0	3	982'226.00	0
0	2	2	49	3	594	597	2'078'924.41	114	1	2	0	6	2'390'000.00	0
0	0	0	0	0	18	18	79'000.00	52	0	0	0	2	191'000.00	0
0	0	0	0	0	95	95	195'375.00	6	2	2	0	1	199'000.00	0
1	0	1	0	0	65	65	153'171.00	8	0	0	0	2	263'000.00	0
1	0	1	0	0	183	183	301'856.00	9	0	0	0	4	396'000.00	0
0	2	2	0	7	58	65	1'405'000.00	0	0	0	0	0	714'000.00	0
0	0	0	0	0	153	153	284'000.00	9	0	0	0	7	297'000.00	0
0	0	0	0	0	23	23	104'889.00	16	0	0	0	0	119'000.00	0
0	0	0	0	0	31	31	195'880.00	0	0	0	0	1	387'018.00	0
0	1	1	3	4	59	63	2'292'345.25	2	1	0	0	2	710'000.00	0
0	0	0	17	0	33	33	64'498.85	0	0	0	0	1	238'317.00	0
0	0	0	0	0	24	24	30'700.00	2	0	0	0	0	28'500.00	0
0	1	1	6	0	73	73	485'871.30	7	1	0	0	0	450'000.00	0
2	9	11	39	9	435	444	3'943'638.04	35	1	10	0	1	9'904'491.50	0
1	1	2	335	1	300	301	941'314.00	31	2	1	0	4	1'638'000.00	0
0	0	0	0	0	367	367	1'529'440.00	51	0	1	0	1	2'353'900.00	0
0	0	0	0	0	59	59	160'199.00	8	0	0	0	1	184'889.00	0
0	0	0	0	0	0	0	0.00	0	0	0	0	0	18'601.00	0
0	0	0	389	0	1'084	1'084	3'058'303.67	104	0	4	0	5	1'977'000.00	0
0	0	0	0	0	73	73	526'991.00	11	0	6	0	0	1'108'239.00	0
0	0	0	0	0	317	317	1'366'499.00	41	0	1	0	2	1'563'882.00	0
0	0	0	147	0	236	236	578'496.95	43	2	0	0	0	431'000.00	0
0	1	1	285	1	1'285	1'286	5'154'725.00	35	6	2	0	15	3'923'150.00	0
0	1	1	0	0	601	601	3'565'004.45	126	3	6	0	8	1'585'341.82	0
8	1	9	846	2	1'227	1'229	4'948'492.00	308	1	14	0	16	6'646'787.00	0
21	27	48	2'268	27	8'972	9'151	38'486'577	1'149	25	49	0	138	45'878'342	0

Schuldbetreibung und Konkurs

Bei den **Konkursämtern** sind im Berichtsjahr 137 (Vorjahr 122) Konkurse neu eingegangen (Konkurskreis Schwyz, 21, Goldau, 15, Gersau 1, March 44, Einsiedeln 14, Küssnacht 7 und Höfe 35). 146 (102) Konkurse wurden erledigt (Schwyz 25, Goldau 16, Gersau 0, March 55, Einsiedeln 15, Küssnacht 3, Höfe 32); die Verluste betragen insgesamt 98,949 Mio. Franken (12,252 Mio.)

Tabelle 8

Konkurskreise	Alte	Neuein- gänge 2003	Total	Erledigt	Pendent Ende 2003	Verluste Fr.	Verfahrensdauer		
Schwyz	16	21	37	25	12	7'160'800.00	bis 3 Monate:	11	
							6 Monate:	3	
							1 Jahr:	6	
							2 Jahre:	5	
							über 2 Jahre:	0	
Goldau	9	15	24	16	8	4'139'000.00	bis 3 Monate:	10	
							6 Monate:	2	
							1 Jahr:	3	
							2 Jahre:	0	
							über 2 Jahre:	1	
Gersau	0	1	1	0	1	0.00	bis 3 Monate:	0	
							6 Monate:	0	
							1 Jahr:	0	
							2 Jahre:	0	
							über 2 Jahre:	0	
March	39	44	83	55	28	77'225'218.00	bis 3 Monate:	19	
							6 Monate:	2	
							1 Jahr:	15	
							2 Jahre:	10	
							über 2 Jahre:	9	
Einsiedeln	11	14	25	15	10	1'268'250.00	bis 3 Monate:	8	
							6 Monate:	0	
							1 Jahr:	1	
							2 Jahre:	3	
							über 2 Jahre:	3	
Küssnacht	8	7	15	3	12	3'336'267.00	bis 3 Monate:	1	
							6 Monate:	0	
							1 Jahr:	0	
							2 Jahre:	2	
							über 2 Jahre:	0	
Höfe	17	35	52	32	20	5'819'645.95	bis 3 Monate:	17	
							6 Monate:	7	
							1 Jahr:	4	
							2 Jahre:	2	
							über 2 Jahre:	2	
Total	100	137	237	146	91	98'949'180.95			

Betreibungs- und Konkursinspektorat (Jahres- und Kontrollbericht)

«1. Allgemeines

Im Berichtsjahr 2003 wurden neun Betreibungsämter sowie sechs Konkursämter einer ordentlichen Amtsvisitation unterzogen. Zwei Betreibungsämter wurden zusammen mit dem Kantonsgerichtspräsidenten (obere Aufsichtsbehörde SchKG) eingehend visitiert. Hinsichtlich des Betreibungsamts Muotathal/Illgau wie des Konkursamts Gersau unterblieb zufolge bevorstehender Amtsübergabe der ordentliche Jahresuntersuch. Demgegenüber sind die Amtsübergaben begleitet und protokolliert worden.

Die Wirtschaftslage spiegelt sich immer auch in den Geschäftszahlen der Betreibungs- und Konkursämter. So haben gesamtschweizerisch die ausgestellten Zahlungsbefehle im Jahre 2002 im Vergleich zu 1982 um 77,8% und die Konkurseröffnungen gar um 168,8% zugenommen. Diese seit Jahren steigenden Frequenzen belasten die Betreibungs- und Konkursämter in verschiedener Hinsicht. Die EDV ermöglicht zwar, einen Grossteil der Geschäftszunahme mit unverändertem Personalbestand zu verarbeiten. Allerdings werden die einzelnen Fälle immer komplexer und damit arbeitsaufwändiger und sehen sich die Amtsinhaber mit zunehmenden Aggressivitäten der Parteien – Schuldner wie auch Gläubiger – konfrontiert.

Die Betreibungs- und Konkursämter erfüllen einen Auftrag des Bundesgesetzgebers. Auch wenn in den Kantonen und den Gemeinden die Sparmassnahmen Priorität geniessen, besteht doch die gesetzliche Verpflichtung, für den reibungslosen Ablauf der Betreibungs- und Konkursverfahren zu sorgen. Es gilt zu verhindern, dass die Qualität der Amtsführung durch übersetzte Sparvorgaben in Frage gestellt wird.

2. Inspektionen Betreibungsämter

Die im Berichtsjahr durchgeführten Inspektionen bezogen sich einerseits auf die generelle Amtsführung und Geschäftsabwicklung, wobei auf Grund der Erfahrungen der Vorjahre das Hauptaugenmerk wiederum dem Pfändungsvollzug galt. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, dass die im Vorjahr aufgedeckten Mängel weitgehend behoben worden waren. Dies betrifft insbesondere die korrekte Handhabung von Art. 123 SchKG betreffend Verwertungsaufschub bzw. dessen Widerruf bei Nichtleistung der geforderten Abschlagszahlungen. Generell waren die Pfändungsvollzüge in formeller Hinsicht kaum mehr zu beanstanden. Die Pfändungsprotokolle sind regelmässig korrekt und vollständig ausgefertigt und den Schuldnern zur Unterschrift vorgelegt worden. Ob und in welchem Ausmass Einkommen und Vermögen pfändbar ist, bleibt

jedoch bis zu einem gewissen Grad dem Ermessen des Betreibungsbeamten anheim gestellt. Immerhin soll der Beamte die Interessen des Gläubigers sowohl als jene des Schuldners berücksichtigen (Art. 95 Abs. 5 SchKG). Für die Ermittlung des Existenzminimums und damit der pfändbaren Einkommensquote hat das Bundesgericht den so genannten Effektivitätsgrundsatz entwickelt. Demgemäss dürfen als Zuschläge zum Grundbetrag nur effektiv zu zahlende, bis anhin tatsächlich bezahlte und unbedingt notwendige Verpflichtungen des Schuldners aufgerechnet werden. Letzteres gilt gemäss Rechtsprechung selbst für Verpflichtungen, die auf Urteilen beruhen. Sie dürfen nur berücksichtigt werden, wenn sie bis anhin auch erfüllt worden sind.

Hinsichtlich der Handhabung des Effektivitätsgrundsatzes bestehen zwischen einzelnen schwyzerischen Betreibungsämtern beträchtliche Unterschiede. Teilweise werden zuschlagsberechtigte Aufwendungen auf Grund blosser Behauptungen der Schuldner berücksichtigt, obwohl der Ausweis für bisher geleistete Zahlungen nicht vorliegt. Zum andern fehlt es vielmals an der strikten Handhabung des Effektivitätsgrundsatzes hinsichtlich der bei der Existenzminimumberechnung entscheidend ins Gewicht fallenden Wohnkosten. Diesbezüglich werden die Betreibungsämter durch das Inspektorat angewiesen, über dem ortsüblichen Niveau liegende Wohnkosten unter Einräumung einer Anpassungsfrist auf das zulässige Mass herabzusetzen. Letzteres gilt, was oftmals verkannt wird, auch für übersetzte Kosten eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Das Bundesgericht hat denn auch in einem unpublizierten den Kanton Schwyz betreffenden Fall EFH-Liegenschaftskosten für eine 4-köpfige Familie von Fr. 6'575.00 als übersetzt bezeichnet und den für die Existenzminimumberechnung anrechenbaren Betrag auf Fr. 2'500.00 normiert.

3. Inspektionen Konkursämter

Bei den sechs visitierten Konkursämtern wurden jeweils abgeschlossene wie hängige Konkursverfahren stichprobenartig überprüft. Sämtliche überprüften Verfahren sind durch die durchwegs fachkundigen und engagierten Schwyzer Konkursbeamten formell wie materiell korrekt abgewickelt worden. Die Gebührenverrechnung erfolgte im Rahmen der Gebührenverordnung (GebV SchKG).

Obwohl auf drei Ämtern personelle Wechsel zu verzeichnen waren, kam es zu keiner Zunahme der Verfahrenspendenzen. Verschiedene überjährige Konkursverfahren konnten im Berichtsjahr einem Abschluss zugeführt werden. Soweit vor mehr als zwei Jahren eröffnete Konkurse noch pendent sind, sind dafür seitens der Konkursämter unbeeinflussbare Faktoren wie hängige Gerichtsverfahren oder bislang undurchführbare Liegenschaftsverwertungen ursächlich.

4. Beantwortung von Anfragen/Auskunftserteilung

Das Inspektorat hatte sich im Berichtsjahr mit rund 50 Anfragen, Auskunftserteilungs- und Hilfeleistungsbegehren zu befassen. Wiederum konnten diverse Anfragen von Schuldnern und Gläubigern insoweit nicht direkt behandelt werden, als der Beschwerdeweg gemäss Art. 17 SchKG offen stand.

Eingegangene Meldungen von Schuldnern betrafen im mehreren Fällen die Art der Zahlungsbefehlszustellung. Recherchen zeigten auf, dass renitente Schuldner mit allen Mitteln versuchen, die Zustellung zu verhindern. Auch diesfalls aber ist eine Zustellung beispielsweise durch Anheftung der Urkunde an der trotz Anwesenheit des Firmeninhabers ungeöffnet bleibenden Bürotüre unzulässig. Die Beamten sind auf die gesetzlichen Zustellerfordernisse und die Möglichkeit der Zustellung mit Hilfe der Polizei bzw. die Ersatzzustellung durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen worden.

Konkursämter sahen sich mehrfach mit Forderungen von Gläubigern konfrontiert, mit denen eine vorzeitige Verwertung von Grundstücken im Konkurs angebeht wurde. Die drängenden Gläubiger wurden auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung aufmerksam gemacht, welche eine vorzeitige Verwertung von strengen Voraussetzungen abhängig macht (BGE 119 III 85). Der Haftungsrisiken (Verantwortlichkeitsansprüche) wegen lässt sich eine vorzeitige Verwertung nur in Ausnahmefällen rechtfertigen, insbesondere wenn bei einer sofortigen Verwertung voraussehbar ein wesentlich höherer Erlös erzielt werden kann.

5. Archivierung Betreibungs- und Konkursakten

Die Grundlage für die Archivierung der Betreibungs- und Konkursakten findet sich in der bundesgerichtlichen Verordnung über die Aufbewahrung der Betreibungs- und Konkursakten (VABK) und der Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter (KOV). Demgemäss sind die eigentlichen Verfahrensakten während 10 Jahren, die Betreibungsbücher während 30 Jahren und Konkursverzeichnisse gar während 40 Jahren aufzubewahren.

In diesem Zusammenhang ist das Inspektorat einer Aufforderung des Amtes für Kulturpflege nachgekommen, eine Bestandesaufnahme über die Aktenstandorte vorzunehmen. Es sind Listen erstellt worden, aus denen hervorgeht, in welchen Örtlichkeiten jedes einzelne kantonale Amt seiner Archivierungspflicht nachkommt.

6. Kurse/Weiterbildung

An den auch im Berichtsjahr in Biberbrugg abgehaltenen periodischen Hocks der Schwyzer Betreibungsbeamten wurden wiederum aktuelle Fragen aus der

Praxis diskutiert. Seitens des Inspektorats wurden diverse Anfragen zur Bearbeitung und späteren Beantwortung entgegen genommen.

Auf Einladung des Verbands der Schwyzer Betreibungsbeamten referierte lic. iur. Thomas Zeller am 27.3.2003 in Pfäffikon zum Thema «Betreibungshandlungen gegen juristische Personen, insbesondere GmbHs». Ausführlich behandelt wurden in diesem Zusammenhang Fragen des Betreibungsorts und der Zustellung von Betreibungsurkunden beim Fehlen handlungsfähiger Organe. Zur Sprache kamen sodann die der Praxis bedeutsamen Abgrenzungsfragen zwischen Betreibung auf Pfändung (öffentlichrechtliche Forderungen) und Konkurs (geschäftsführendes Mitglied einer GmbH).

Ein Grossteil der Mitarbeiter der kantonalen Konkursämter beteiligte sich an dem durch das Notariat Höfe organisierten fünften SchKG-Kolloquium. Die Veranstaltung vom 15. März 2003 war den Themenbereichen Pensionskassenabzug im Konkurs, Verwertbarkeit von Domain-Namen, Hinterlage nicht zustellbarer Konkursdividenden, Konkurs mangels Aktiven etc. gewidmet.

Verschiedene Schwyzer Betreibungs- und Konkursbeamte nahmen im Berichtsjahr an den Fortbildungsveranstaltungen der Verbände der Kantone Luzern und Zürich («Die Betreibung für Unterhaltsforderungen») sowie an der mit der Grundstückverwertung befassten Weiterbildungsveranstaltung der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz teil.

7. Publikationen im Amtsblatt

In Absprache mit der Staatskanzlei sind die schuldbetreibungsrechtlichen Publikationen im Schwyzer Amtsblatt ab 1. Januar 2004 neu geordnet worden. Die Veröffentlichungen folgen nun einer festen Systematik, welche mit den Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) korrespondiert.

Im Zusammenhang mit Konkurseröffnungen wird im Amtsblatt neu ein Vorspann abgedruckt, welcher die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen gemäss Art. 232 SchKG beinhaltet.

8. Amtsübergaben und Demissionen

Die Ablösung des während 20 Jahren für die Gemeinden Muotathal und Illgau tätig gewesenenen Betreibungsbeamten ist per 1. Januar 2004 erfolgt. Die Amtsübergabe vom 12. Januar 2004 im Beisein des Kantonsgerichtspräsidenten und des Inspektorats wurde protokollarisch dokumentiert.

Der bisherige Leiter des Betreibungsamts Einsiedeln hat nach vorgängigen Reorganisationsbemühungen per 31. Dezember 2003 vorzeitig demissioniert.

Als Leiter der Betreibungsämter Einsiedeln und Alpthal ist per 1. Januar 2004 der Betreibungsbeamte der Höfe für eine Übergangsperiode gewählt worden. Das wegen aufgedeckter administrativer Unregelmässigkeiten im Dezember 2002 eingeleitete Disziplinarverfahren konnte vom Kantonsgericht abgeschrieben werden.

Das Notariat wie das Konkursamt des Bezirkes Gersau wird seit 1. Januar 2004 in Personalunion vom Notar des Bezirkes Küsnacht, geführt. Das Kantonsgericht hat von der protokollierten Amtsübergabe, die am 30. Dezember 2003 stattgefunden hat, Vormerk genommen.

Der seit 1976 im Amt stehende Betreibungsbeamte der Gemeinden Wangen, Tuggen, Galgenen, Innerthal und Vorderthal hat altershalber per 30.6.2004 demissioniert. Nach erfolgter Publikation haben sich gegen 20 Bewerber um die Amtsnachfolge beworben. Die beteiligten Gemeinden haben sich zwischenzeitlich, unter Vorbehalt des Erwerbs des Wahlfähigkeitszeugnisses, für einen einheimischen Amtsnachfolger entschieden. Bedenken weckt die Nachfolgewahl insofern, als das Betreibungsinspektorat entgegen § 11 EVzSchKG und vorgängiger Absprachen übergangen wurde. Zudem haben die Wahlgemeinden eine Anzahl hochqualifizierter Bewerber mit Berufserfahrung und Wahlfähigkeitszeugnis zum Vornherein zufolge des bisherigen ausserkantonalen Wohnsitzes aus der Evaluation ausgeschieden, was nicht als angängig erscheint.

Nach 10-jähriger Amtsdauer hat der Altendörfner Betreibungsbeamte ebenfalls per 30. Juni 2004 demissioniert. Die Amtsnachfolge, die gemeindeseits in Absprache mit dem Inspektorat vorgenommen wird, ist pendent.

Bezüglich des Betreibungsamts Schwyz (Gemeinden Schwyz, Sattel, Rothenthurm, Steinen u. Lauerz) hat der Gemeinderat Schwyz eine Neuausschreibung auf Ablauf der Amtsperiode (30.6.2004) in Aussicht gestellt. Ein gegen dieses Vorgehen eingeleitetes Rechtsmittelverfahren ist pendent.»

Tabelle 9

Bezirksgerichtspräsidenten/ Einzelrichter in SchKG-Sachen	Schwyz	Gersau	March	Einsiedeln	Küssnacht	Höfe	Total
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde							
Beschwerden:							
gegen Betreibungsbeamte	4	2	0	12	1	41	60
gegen Konkursbeamte	1	0	0	2	1	3	7
Verfügungen	20	0	19	0	0	25	64
übrige	5	1	2	0	4	0	12
Total	30	3	21	14	6	69	143
Erledigt	29	3	16	14	6	62	130
Als richterliche Behörde							
Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens	17	3	18	1	5	28	72
Nachträglicher Rechtsvorschlag	0	0	0	0	0	3	3
Rechtsvorschlag in der Wechselbetreibung	0	0	1	0	0	1	2
Aufhebung oder Einstellung der Betreibung	0	0	0	0	0	1	1
Rechtsöffnung	327	20	236	57	108	209	957
Arrestbegehren	9	1	4	3	1	2	20
Konkursbegehren	0	0	0	0	0	0	0
a) in ordentlicher Betreibung	196	3	165	32	52	120	568
b) in der Wechselbetreibung	0	0	0	0	0	0	0
c) ohne vorgängige Betreibung	26	0	18	4	2	24	74
davon Konkursdekrete	(31)	(0)	(21)	(9)	(5)	(32)	98
Konkurswiderruf	1	0	1	0	0	5	7
Anordnung der Verlassenschaftsliquidation	8	0	4	6	3	1	22
Einstellung der Verlassenschaftsliquidation	1	0	1	4	0	0	6
Einstellung des Konkursverfahrens	23	0	21	4	3	12	63
Anordnung summarisches Konkursverfahren	15	1	19	2	7	10	54
Schlussdekret	15	0	32	7	2	12	68
Vorsorgliche Massnahmen, Art. 162 und 170	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiges	2	1	0	6	0	3	12
Total	640	29	520	126	183	431	1'929
Erledigt	581	28	484	122	174	392	1'781
Kantonsgericht siehe Seite 49							

Bezirksgericht Schwyz

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 7 Fällen (Vorjahr 6); 2 (3) Verfahren wurden eingestellt und 0 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das Bezirksgericht beurteilte 31 Fälle (Vorjahr 18); 4 (2) Verfahren wurden eingestellt und 3 (2) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 32 (Vorjahr 23), im beschleunigten Verfahren 150 (147) und im summarischen Verfahren 239 (185) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 2 Vaterschaftssachen (Vorjahr 1), verglichen wurden 0 (0) Verfahren und sonst erledigt 5 (0).

Im ordentlichen Verfahren wurden 21 Fälle beurteilt (Vorjahr 16), 13 (10) verglichen und 11 (2) sonst erledigt.

Andere Begehren wurden 3 (Vorjahr 0) beurteilt, 4 verglichen (3) und 2 (2) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als untere Aufsichtsbehörde** erledigte 29 Beschwerden (Vorjahr 28), nämlich: 4 gegen Betreibungsbeamte, 19 betreffen Verfügungen und 6 übrige.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 581 Geschäfte (Vorjahr 464) setzen sich wie folgt zusammen:

16 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 294 Rechtsöffnungen, 9 Arrestbegehren, 177 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 21 ohne vorgängige Betreuung (davon 31 Konkursdekrete), 8 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 1 Einstellungen der Verlassenschaftsliquidation, 23 Einstellungen des Konkursverfahrens, 15 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 15 Schlussdekrete, 1 Einsprache gegen Arrestbefehl und 1 Widerruf des Konkursverfahrens (in Tabelle 9 unter «Sonstiges»).

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Tabelle 10

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erliegt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	3	9	12	9	3	bis 2 Monate: 3 3 - 4 Monate: 5 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 1 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	15	29	44	38	6	bis 2 Monate: 6 3 - 4 Monate: 25 5 - 6 Monate: 5 bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						(ohne Sühneversuche)
Einzelrichter						bis 2 Monate: 157
ordentliches Verfahren	6	29	35	32	3	3 - 4 Monate: 85
beschleunigtes Verfahren	78	140	218	150	68	5 - 6 Monate: 53
summarisches Verfahren	94	210	304	239	65	bis 1 Jahr: 46 bis 2 Jahre: 75 über 2 Jahre: 5
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 10
Vaterschaftssachen	3	6	9	7	2	3 - 4 Monate: 11
Prozesse im ordentl. Verfahren	43	41	84	45	39	5 - 6 Monate: 9
Andere Begehren	7	4	11	9	2	bis 1 Jahr: 10 bis 2 Jahre: 11 über 2 Jahre: 10
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	2	28	30	29	1	bis 2 Monate: 559
Als richterliche Behörde	68	572	640	581	59	3 - 4 Monate: 43 5 - 6 Monate: 6 bis 1 Jahr: 1 bis 2 Jahre: 1 über 2 Jahre: 0
Total	319	1'068	1'387	1'139	248	1'139

Bezirksgericht Gersau

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 0 Fällen (Vorjahr 1); 0 (0) Verfahren wurde eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das Bezirksgericht beurteilte 2 Fälle (Vorjahr 2); 0 (0) Verfahren wurden eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 6 (Vorjahr 0), im beschleunigten Verfahren 11 (11) und im summarischen Verfahren 7 (13) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte wie im Vorjahr keine Vaterschaftssachen.

Im ordentlichen Verfahren wurden 4 Fälle beurteilt (Vorjahr 1), 0 (3) verglichen und 0 (1) sonst erledigt.

Andere Begehren wurden wie im Vorjahr keine gestellt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als untere Aufsichtsbehörde** erledigte 3 Beschwerden (Vorjahr 2), nämlich: 2 gegen Betreibungsbeamte und 1 übrige.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 28 Geschäfte (Vorjahr 40) setzen sich wie folgt zusammen:

3 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 19 Rechtsöffnungen, 1 Arrestbegehren, 3 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreibung, 1 Anordnung summarisches Konkursverfahren und 1 Einsprache gegen Arrestbefehl (in Tabelle 9 unter «Sonstiges»).

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Bezirksgerichte

Tabelle 10a

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	0	0	0	0	0	bis 2 Monate: 0 3 - 4 Monate: 0 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	2	2	4	2	2	bis 2 Monate: 0 3 - 4 Monate: 0 5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 1 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						
Einzelrichter						(ohne Sühneversuche)
ordentliches Verfahren	2	4	6	6	0	bis 2 Monate: 10 3 - 4 Monate: 6
beschleunigtes Verfahren	8	8	16	11	5	5 - 6 Monate: 3
summarisches Verfahren	0	7	7	7	0	bis 1 Jahr: 1 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 4
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 0 3 - 4 Monate: 2
Vaterschaftssachen						5 - 6 Monate: 0
Prozesse im ordentl. Verfahren	1	7	8	4	4	bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Andere Begehren						
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	2	1	3	3	0	bis 2 Monate: 25 3 - 4 Monate: 5
Als richterliche Behörde	4	25	29	28	1	5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Total	19	54	73	61	12	61

Bezirksgericht March

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 9 Fällen (Vorjahr 8); 3 (4) Verfahren wurden eingestellt und 1 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das Bezirksgericht beurteilte 19 Fälle (Vorjahr 18); 2 (1) Verfahren wurden eingestellt und 2 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 30 (Vorjahr 35), im beschleunigten Verfahren 133 (148) und im summarischen Verfahren 141 (118) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 3 Vaterschaftssachen (Vorjahr 3), verglichen wurden 0 (1) Verfahren und sonst erledigt 0 (1).

Im ordentlichen Verfahren wurden 26 Fälle beurteilt (Vorjahr 14), 12 (14) verglichen und 7 (15) sonst erledigt.

Andere Begehren wurden 1 (Vorjahr 1) beurteilt, 1 verglichen (0) und 1 (0) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als untere Aufsichtsbehörde** erledigte 16 Beschwerden (Vorjahr 23), nämlich: 15 betreffen Verfügungen und 1 übrige.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 484 Geschäfte (Vorjahr 488) setzen sich wie folgt zusammen:

16 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 1 Rechtsvorschlag gegen Wechselbetreibung, 213 Rechtsöffnungen, 4 Arrestbegehren, 155 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreibung und 17 ohne vorgängige Betreibung (davon 19 Konkursdekrete), 1 Widerruf des Konkurses, 1 Schließung des Konkurses, 4 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 1 Einstellungen der Verlassenschaftsliquidation, 21 Einstellungen des Konkursverfahrens, 19 Anordnungen summarisches Konkursverfahren und 31 Schlussdekrete.

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Tabelle 10b

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erliegt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	2	14	16	13	3	bis 2 Monate: 3 3 - 4 Monate: 7 5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	11	18	29	23	6	bis 2 Monate: 2 3 - 4 Monate: 8 5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 10 bis 2 Jahre: 2 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						
Einzelrichter						(ohne Sühneversuche)
ordentliches Verfahren	15	32	47	30	17	bis 2 Monate: 120
beschleunigtes Verfahren	94	127	221	133	88	3 - 4 Monate: 63
summarisches Verfahren	54	145	199	141	58	5 - 6 Monate: 50 bis 1 Jahr: 23 bis 2 Jahre: 26 über 2 Jahre: 22
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 3
Vaterschaftssachen	1	4	5	3	2	3 - 4 Monate: 6
Prozesse im ordentl. Verfahren	77	36	113	45	68	5 - 6 Monate: 5
Andere Begehren	2	3	5	3	2	bis 1 Jahr: 7 bis 2 Jahre: 8 über 2 Jahre: 22
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	5	14	19	15	4	bis 2 Monate: 463
Als richterliche Behörde	38	482	520	484	36	3 - 4 Monate: 25 5 - 6 Monate: 4 bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 2 über 2 Jahre: 3
Total	299	875	1'174	890	284	890

Bezirksgericht Einsiedeln

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 1 Fall (Vorjahr 1); 0 (0) Verfahren wurde eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 1 Fall (Vorjahr 1); 0 (0) Verfahren wurde eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 6 (Vorjahr 1), im beschleunigten Verfahren 55 (40) und im summarischen Verfahren 99 (59) Fälle. Das **Bezirksgericht** beurteilte 2 Vaterschaftssachen (Vorjahr 2), verglichen wurde 0 (0) Verfahren und sonst erledigt 1 (0).

Im ordentlichen Verfahren wurden 3 Fälle beurteilt (Vorjahr 6), 3 (4) verglichen und 3 (0) sonst erledigt.

Andere Begehren wurden wie im Vorjahr keine beurteilt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als untere Aufsichtsbehörde** erledigte 14 Beschwerden (Vorjahr 8), nämlich: 12 gegen Betreibungsbeamte und 2 gegen Konkursbeamte.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 122 Geschäfte (Vorjahr 108) setzen sich wie folgt zusammen:

1 Fall von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 54 Rechtsöffnungen, 3 Arrestbegehren, 31 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 4 ohne vorgängige Betreuung (davon 9 Konkursdekrete), 6 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 4 Einstellungen der Verlassenschaftsliquidation, 4 Einstellungen des Konkursverfahrens, 2 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 7 Schlussdekrete und 6 Sonstige.

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Tabelle 10c

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erliegt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	0	1	1	1	0	bis 2 Monate: 1 3 - 4 Monate: 0 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	1	0	1	1	0	bis 2 Monate: 0 3 - 4 Monate: 0 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 1 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						(ohne Sühneveruche)
Einzelrichter						bis 2 Monate: 89 3 - 4 Monate: 33
ordentliches Verfahren	1	5	6	6	0	5 - 6 Monate: 12
beschleunigtes Verfahren	23	50	73	55	18	bis 1 Jahr: 12 bis 2 Jahre: 10 über 2 Jahre: 4
summarisches Verfahren	21	88	109	99	10	
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 1 3 - 4 Monate: 4
Vaterschaftssachen	0	3	3	3	0	5 - 6 Monate: 1
Prozesse im ordentl. Verfahren	11	7	18	9	9	bis 1 Jahr: 3 bis 2 Jahre: 1 über 2 Jahre: 2
Andere Begehren	0	0	0	0	0	
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	3	11	14	14	0	bis 2 Monate: 127 3 - 4 Monate: 7 5 - 6 Monate: 2 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Als richterliche Behörde	5	121	126	122	4	
Total	65	286	351	310	41	310

Bezirksgericht Küssnacht

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 2 Fällen (Vorjahr 4); 2 (3) Verfahren wurden eingestellt und 1 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 2 Fälle (Vorjahr 3); 0 (1) Verfahren wurden eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 9 (Vorjahr 7), im beschleunigten Verfahren 35 (47) und im summarischen Verfahren 63 (68) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte keine Fälle in Ehe- und Vaterschaftssachen (Vorjahr ebenfalls 0).

Im ordentlichen Verfahren wurden 5 Fälle beurteilt (Vorjahr 10), 3 (5) verglichen und 1 (2) sonst erledigt.

Andere Begehren mussten keine erledigt werden.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als untere Aufsichtsbehörde** erledigte 6 Beschwerden und aufsichtsrechtliche Verfahren (Vorjahr 7), nämlich: 2 Beschwerden gegen Betreibungs- oder Konkursbeamte und 4 übrige aufsichtsrechtliche Verfahren.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 174 Geschäfte (Vorjahr 176) setzen sich wie folgt zusammen:

3 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 101 Rechtsöffnungen, 1 Arrestbegehren; 52 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 2 ohne vorgängige Betreuung (davon 5 Konkursdekrete), 3 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 3 Einstellungen des Konkursverfahrens, 7 Anordnungen summarisches Konkursverfahren und 2 Schlussdekrete.

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	0	9	9	5	4	bis 2 Monate: 3 3 - 4 Monate: 0 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	0	5	5	2	3	bis 2 Monate: 0 3 - 4 Monate: 1 5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						(ohne Sühneveruche)
Einzelrichter						bis 2 Monate: 41
ordentliches Verfahren	4	8	12	9	3	3 - 4 Monate: 28
beschleunigtes Verfahren	20	34	54	35	19	5 - 6 Monate: 8
summarisches Verfahren	25	48	73	63	10	bis 1 Jahr: 8 bis 2 Jahre: 19 über 2 Jahre: 3
Sühneveruche	0	1	1	0	1	
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 0
Vaterschaftssachen	0	0	0	0	0	3 - 4 Monate: 3
Prozesse im ordentl. Verfahren	12	9	21	9	12	5 - 6 Monate: 0
Andere Begehren	0	0	0	0	0	bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 2 über 2 Jahre: 2
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	1	5	6	6	0	bis 2 Monate: 164
Als richterliche Behörde	15	168	183	174	9	3 - 4 Monate: 14 5 - 6 Monate: 1 bis 1 Jahr: 1 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Total	77	287	364	303	61	303

Bezirksgericht Höfe

(siehe nebenstehende Tabelle)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 19 Fällen (Vorjahr 16); 4 (4) Verfahren wurden eingestellt und 0 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 10 Fälle (Vorjahr 11); 1 (4) Verfahren wurde eingestellt und 0 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u.a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 36 (Vorjahr 35), im beschleunigten Verfahren 144 (170) und im summarischen Verfahren 189 (361) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 3 Fälle in Vaterschaftssachen (Vorjahr 2), verglichen wurden 0 Verfahren (0) und sonst erledigt 0 (1) Verfahren.

Im ordentlichen Verfahren wurden 25 Fälle beurteilt (Vorjahr 27), 29 (21) verglichen und 14 (16) sonst erledigt.

Andere Begehren wurden keine (Vorjahr 2) beurteilt, 2 verglichen (0) und 1 (0) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident** als untere Aufsichtsbehörde erledigte 62 Beschwerden (Vorjahr 46) nämlich: 35 gegen Betreibungsbeamte, 3 gegen Konkursbeamte und 24 betreffend Verfügungen.

Die vom **Einzelrichter** als richterliche Behörde erledigten 392 Geschäfte (Vorjahr 389) setzen sich wie folgt zusammen:

28 Rechtsvorschläge mangels neuen Vermögens, 3 nachträgliche Rechtsvorschläge, 1 Rechtsvorschlag in der Wechselbetreibung, 1 Aufhebung oder Einstellung der Betreibung, 181 Rechtsöffnungen, 2 Arrestbegehren, 110 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreibung und 23 ohne vorgängige Betreibung (davon 32 Konkursdekrete), 5 Konkurswiderrufe, 1 Anordnung der Verlassenschaftsliquidation, 12 Einstellungen des Konkursverfahrens, 10 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 12 Schlussdekrete und 3 Sonstige.

Siehe Gesamtübersicht aller Bezirke in Tabelle 9, Seite 31

Bezirksgerichte

Tabelle 10e

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erliegt	Pendent	Verfahrensdauer
A. Strafsachen						Eingang bis Entscheid
Einzelrichter	4	26	30	23	7	bis 2 Monate: 17 3 - 4 Monate: 4 5 - 6 Monate: 2 bis 1 Jahr: 0 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Bezirksgericht	5	10	15	11	4	bis 2 Monate: 4 3 - 4 Monate: 5 5 - 6 Monate: 0 bis 1 Jahr: 2 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
B. Zivilprozess-Sachen						(ohne Sühneversuche)
Einzelrichter						bis 2 Monate: 159
ordentliches Verfahren	15	35	50	36	14	3 - 4 Monate: 82
beschleunigtes Verfahren	80	149	229	144	85	5 - 6 Monate: 44
summarisches Verfahren	52	188	240	189	51	bis 1 Jahr: 55 bis 2 Jahre: 23 über 2 Jahre: 6
Bezirksgericht						bis 2 Monate: 8
Vaterschaftssachen	2	3	5	3	2	3 - 4 Monate: 16
Prozesse im ordentl. Verfahren	76	62	138	68	70	5 - 6 Monate: 7
Andere Begehren	3	5	8	3	5	bis 1 Jahr: 20 bis 2 Jahre: 16 über 2 Jahre: 7
C. Bezirksgerichtspräsident in SchKG-Sachen						
Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	6	63	69	62	7	bis 2 Monate: 390
Als richterliche Behörde	33	398	431	392	39	3 - 4 Monate: 41 5 - 6 Monate: 13 bis 1 Jahr: 10 bis 2 Jahre: 0 über 2 Jahre: 0
Total	276	939	1'215	931	284	931

Gemäss Tabelle 11 wurden 3'232 (3'148) Handänderungen vollzogen. Die Summe der Handänderungsbeträge erreichte 1'582,558 Mio. Franken (1'307,804 Mio.). Es wurden 2'368 (2'206) Hypotheken über 1'156,752 Mio. Franken (1'026,236 Mio.) bestellt. 1'582 (1'029) Titel im Betrage von 307,696 Mio. Franken (153,210 Mio.) wurden gelöscht.

Notariate und Grundbuchämter

Tabelle 11

Gemeinden und Kreise	Handänderungen		Hypothekenbestellungen		Titellöschungen	
	Zahl	Betrag Fr.	Zahl	Betrag Fr.	Zahl	Betrag Fr.
Schwyz	185	144'070'348	158	69'684'440	33	23'483'407
Ingenbohl	217	88'313'803	132	40'340'600	25	20'627'000
Muotathal	48	10'015'250	81	17'178'486	871	10'331'977
Iberg	105	19'187'725	67	15'104'330	50	1'317'133
Morschach	43	10'062'287	18	3'922'765	140	2'714'088
Alpthal	17	2'331'118	10	2'328'068	2	135'000
Illgau	8	455'488	14	3'562'152	23	440'591
Riemenstalden	1	2'430	1	44'120	0	0
Arth	171	76'035'000	135	63'695'000	5	400'000
Steinen	84	25'817'000	72	22'649'000	4	90'000
Sattel	43	9'485'000	22	7'106'000	3	60'000
Rothenthurm	48	8'116'000	26	4'479'000	2	40'000
Lauerz	17	4'892'000	22	3'395'000	2	70'000
Steinerberg	23	4'102'000	12	3'703'000	6	75'000
Gersau	79	25'277'068	43	13'987'500	2	1'555'000
Lachen	132	76'193'722	82	71'508'500	35	2'480'000
Altendorf	183	76'069'284	141	63'932'000	8	60'000
Galgenen	90	32'408'270	55	10'582'500	8	422'500
Vorderthal	18	2'124'501	12	1'738'100	5	48'000
Innerthal	13	2'589'776	8	1'875'000	1	100'000
Schübelbach	175	45'883'639	118	38'537'500	35	3'439'000
Tuggen	43	14'577'470	28	8'883'600	17	4'189'506
Wangen	122	33'712'035	76	33'615'020	4	40'000
Reichenburg	88	17'859'988	44	17'106'200	17	3'705'000
Einsiedeln	489	161'667'853	257	102'934'517	165	49'582'526
Küssnacht	225	124'519'211	204	104'624'000	53	67'647'800
Wollerau	129	123'731'879	151	93'837'000	20	21'132'000
Freienbach	283	354'843'636	242	230'461'865	32	58'698'000
Feusisberg	153	88'214'589	137	105'937'412	14	34'813'000
Total:	3'232	1'582'558'370	2'368	1'156'752'675	1'582	307'696'528
Schwyz	624	274'438'449	481	152'164'961	1'144	59'049'196
Goldau	386	128'447'000	289	105'027'000	22	735'000
Gersau	79	25'277'068	43	13'987'500	2	1'555'000
March	864	301'418'685	564	247'778'420	130	14'484'006
Einsiedeln	489	161'667'853	257	102'934'517	165	49'582'526
Küssnacht	225	124'519'211	204	104'624'000	53	67'647'800
Höfe	565	566'790'104	530	430'236'277	66	114'643'000
Total:	3'232	1'582'558'370	2'368	1'156'752'675	1'582	307'696'528

Grundbuchinspektorat

«1. Grundbuchbereinigung / Inkraftsetzung des Eidgenössischen Grundbuches
Der Stand in den einzelnen Gemeinden, die zurzeit bereinigt werden, ist wie folgt zusammenzufassen:

Einsiedeln

Der Bereinigungskreis XII (Dorf A I. Teil) wurde fertig bereinigt. Es sind 287 neue Grundbuchblätter angelegt und 25 neue Schuldbriefe ausgefertigt worden. Auf Antrag des Grundbuchinspektorates hin setzte das Kantonsgericht mit Beschluss vom 17. Dezember 2003 in diesem Bereinigungskreis das Eidgenössische Grundbuch auf den 1. Januar 2004 in Kraft. Auf diesen Tag hin wurde das kantonale Grundbuch geschlossen. Im Kreis XIII (Dorf A II. Teil) wurden im Jahr 2003 die Dienstbarkeiten bereinigt. Es ist geplant, die Bereinigungsblätter im Frühjahr 2004 öffentlich aufzulegen.

Morschach

Der Kreis II konnte bis heute nicht in Kraft gesetzt werden. Ein betroffener Grundeigentümer verhält sich völlig unkooperativ und verzögert das Verfahren durch Beschwerden. Vom 13. November bis 12. Dezember 2003 waren die Bereinigungsblätter öffentlich aufgelegt. Auch hiergegen sind Einsprachen eingegangen. Im Kreis III ist das Amortisationsverfahren abgeschlossen. Die Besprechungen mit den Grundeigentümern sind beendet. Ca. 40 % der Bereinigungsblätter sind unterzeichnet oder zur Unterzeichnung bereit. Im Kreis IV und V laufen die Titelabklärungen. Für die fehlenden Titel wurde das Amortisationsverfahren eingeleitet.

Muotathal

Die Bereinigungsarbeiten sind im Kreis V (Plan 3–5) weitgehend abgeschlossen. Lediglich bei einem Grundstück ist noch ein Erbenaufuf (Fristablauf: Sommer 2004) hängig. Gestützt auf das Ergebnis der Bereinigung sind bis anhin im kantonaalem Grundbuch 38 Pfandverträge und 90 Nachträge eingetragen worden. Voraussichtlich kann dieser Bereinigungskreis im Jahr 2004 abgeschlossen werden. Für den Bereinigungskreis Plan 22–25 konnten die Abschriften aus dem kantonaalem Grundbuch getätigt, die Pfandtitel geprüft und das Amortisationsverfahren für vermiste Titel eingeleitet werden.

Tuggen

Im Jahr 2003 wurden hauptsächlich die Eintragungen des Kreises V bereinigt. Sobald die Grundeigentümer zu den Einträgen in die Bereinigungsblätter ein-

vernommen worden sind, werden die Bereinigungsblätter voraussichtlich noch im Jahre 2004 öffentlich aufgelegt.

Altendorf

Die Arbeiten im Kreis I verzögerten sich insbesondere aufgrund der besonderen Verhältnisse der öffentlichen Güter. Namentlich die Arbeiten im Zusammenhang mit den komplexen und unübersichtlichen Verhältnissen der SBB waren zeitraubend. Der Kreis I sollte im Jahr 2004 abgeschlossen werden können.

Wollerau

Die Bereinigungsblätter im Bereinigungskreis VI sind alle angelegt, geprüft und mit den Grundeigentümern besprochen worden. Die Bereinigungsblätter lagen im Oktober/November 2003 öffentlich auf. Es ist beabsichtigt, im Jahr 2004 dem Kantonsgericht den Antrag auf Inkraftsetzung des Eidg. Grundbuches zu stellen. Im Bereinigungskreis VII sind 243 Bereinigungsblätter angelegt und die Grundbucheinträge auf 143 Blättern überprüft worden.

Schübelbach

In der Gemeinde Schübelbach ist das Eidg. Grundbuch noch nicht eingeführt. Im November 2003 beauftragte der Bezirksrat Höfe Herrn Peter Bachmann, der bereits das Grundbuch Tuggen bereinigt, mit der Grundbuchbereinigung der Gemeinde Schübelbach. Der Beginn der Bereinigungsarbeiten wurde auf den 1. März 2004 festgesetzt.

2. Aufsicht über die Grundbuchämter und Grundbuchbereinigungsämter

Im Jahre 2004 visitierte das Grundbuchinspektorat die Grundbuchämter Höfe und Schwyz. Gegenstand der Prüfung war in erster Linie die Gebührenerhebung sowie die Vorbereitung der Veranlagung, Bezug und Ablieferung der Handänderungssteuer. Insgesamt durfte festgestellt werden, dass die Praxen der Ämter dem Gesetz entsprechen. Bezüglich der einzelnen Feststellungen und bezüglich der abgegebenen Anregungen wird auf die entsprechenden Inspektionsberichte verwiesen.

Am 5. März 2003 demissionierte der bisherige Notar des Bezirkes Gersau, lic. oec. Bruno Räber, altershalber per Ende Dezember 2003. Am 29. August 2003 wählte der Bezirksrat Gersau lic. iur. Hansjörg Ulrich für den Rest der Amtsperiode bis zum 30. Juni 2004 zum neuen Notar für den Bezirk Gersau; dies mit Amtsantritt per 1. Januar 2004. Am 30. Dezember 2003 wurde das Grundbuchamt in Gegenwart des Kantonsgerichtspräsidenten und des Grundbuchinspektorates vom bisherigen an den neuen Notar übergeben.

Anschliessend fand die Amtseinweisung mit Vereidigung durch den Bezirksammann von Gersau statt. Der abtretende Notar Bruno Räber hat sein Amt im März 1988 angetreten. Er hat dieses Amt während über 15 Jahren zuverlässig und gewissenhaft geführt. Das Grundbuchinspektorat bedankt sich bei dieser Gelegenheit bei Herrn Notar Räber für seine langjährige Tätigkeit.

3. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller)

Im genannten Zusammenhang wurden im Berichtsjahr in 17 Fällen die Entscheide des Volkswirtschaftsdepartementes geprüft. Von der Beschwerdemöglichkeit musste kein Gebrauch gemacht werden.

4. Verschiedenes

Die Einführung des EDV-Grundbuchs erweist sich als äusserst aufwändig. Das Grundbuchinspektorat nahm in diesem Zusammenhang im Berichtsjahr als Mitglied des Projektausschusses, welche das Justizdepartement zur Einführung des EDV-Grundbuches eingesetzt hat, an mehreren Sitzungen teil. Unter der Führung der externen Projektleitung wurden in einer ersten Phase im Wesentlichen die Prozesse und Daten in zwei Pilot-Grundbuchämter/Notariaten (Höfe und Küssnacht) gesichtet. Diese Phase ist in der Zwischenzeit abgeschlossen. Es ist geplant, nach dem Bereitstellen sämtlicher Grundlagen unter der Führung der externen Projektleitung einen Wettbewerb unter den anerkannten Anbietern eines EDV-Grundbuchsystems nach den Regeln des IVöB (SRSZ 430.120) durchzuführen. Im Berichtsjahr organisierte das Grundbuchinspektorat des Kantons Schwyz in Pfäffikon SZ zudem die jährliche 'Erweiterte Ostschweizer Konferenz der Grundbuchinspektoren und Vorsteher der kantonalen Grundbuchämter'. Dieser Konferenz gehören die Kantone ZH, GL, SH; AI, AR, SG, GR, TG und SZ sowie Liechtenstein und Vertreter des eidg. Amtes für Grundbuch- und Bodenrecht an. Darüber hinaus gab das Grundbuchinspektorat auch im Jahr 2003 verschiedenen Ämtern und Privatpersonen mündliche und schriftliche Stellungnahmen ab. Das Inspektorat amtete zudem als Kontaktperson zum EJPD und nahm an einer mündlichen Notarenprüfung teil.»

Per 1. Januar 2004 hat das Kantonsgericht das EDV-Gerichtsverwaltungssystem «Tribuna» (Geschäftskontrolle, Datenbank und Rechnungswesen) unter erheblichem Zusatzaufwand eingeführt. Das System ermöglicht, nebst anderen Vorteilen (auch im Rechnungs- und Inkassowesen) detaillierte Statistikauswertungen nach Verfahrensarten und Rechtsgebieten. «Tribuna» ist bereits bei den Bezirksgerichten Schwyz, March, Küssnacht und Höfe sowie den meisten Bezirksämtern eingeführt, bei der Staatsanwaltschaft ist die Anschaffung geplant. Die künftigen Rechenschaftsberichte des Kantonsgerichtes werden deshalb in verschiedenster Hinsicht eine Änderung erfahren.

Seit dem 12. Mai 2003 betreibt das Kantonsgericht für sich und die Anwaltskommission eine eigene Homepage (www.kgsz.ch), die laufend ausgebaut wird.

Am Ende des Berichtsjahrs waren nur noch 3 Verfahren (Vorjahr 30) hängig, die eine Verfahrensdauer von zwei Jahren und mehr aufwiesen (Eingänge 2001 und früher), nämlich zwei zivilrechtliche Direktprozesse aus den Jahren 1996 und 2000 und eine Berufung aus dem Jahr 2001 betreffend Scheidungsabänderung (alles sistierte Prozesse wegen ausserkantonalem Erbschaftsprozess, Vergleichsverhandlungen bzw. ausstehender Expertise).

Für die Gesamtübersicht wird auf die dem Text anschliessende Tabelle 12 verwiesen.

1. Strafrechtspflege

Die *Strafkammer* behandelte 49 (Vorjahr 43) Geschäfte: 45 Berufungen, 3 Bussenumwandlungen und 1 Entschädigungsentscheid. Es wurden 23 Anträge ganz oder teilweise gutgeheissen, 8 abgewiesen, auf 2 Begehren nicht eingetreten und 10 abgeschrieben. 4 Strafverfahren wurden eingestellt und 2 Verfahren wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Die *2. Rekurskammer* entschied in 34 (Vorjahr 49) Strafsachen über 23 Beschwerden, 9 Nichtigkeitsbeschwerden, 1 zugewiesener «Rekurs» sowie 1 Ausstandsgesuch. Es wurden 3 Anträge ganz oder teilweise gutgeheissen, 18 abgewiesen, auf 6 nicht eingetreten, 5 abgeschrieben und 2 Verfahren an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Der *Kantonsgerichtspräsident* entschied über 14 Haftbeschwerden (Vorjahr 10), wovon 5 gutgeheissen, 5 abgewiesen und 4 abgeschrieben wurden.

Weiter prüfte der Gerichtspräsident 43 Gesuche um Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (einschl. Verwertung von Zufallsfunden und 2 technischen Überwachungen; Vorjahr 32); davon bewilligte er 35 ganz oder teil-

weise, 6 Gesuche wies er ab und 2 wurden abgeschrieben.
2 Entsiegelungsgesuche wurden abgeschrieben.

2. Zivilrechtspflege

Die *Zivilkammer* behandelte 84 Geschäfte (Vorjahr 58): 82 Berufungen und 1 Klage; 1 Kostenentscheid wurde nach Rückweisung durch das Bundesgericht gefällt. Es wurden 16 Anträge ganz oder teilweise gutgeheissen, 24 abgewiesen, 8 durch Nichteintreten erledigt, 33 abgeschrieben und 3 Verfahren an die Vorinstanz zur Neu Beurteilung zurückgewiesen.

Die *1. Rekurskammer* erledigte 116 (Vorjahr 100) Geschäfte: 87 Rekurse, 12 Nichtigkeitsbeschwerden, 9 Beschwerden; davon wurden 29 Anträge ganz oder teilweise gutgeheissen, 45 abgewiesen, 20 durch Nichteintreten erledigt, 11 abgeschrieben und 3 Verfahren an die Vorinstanz zur Neu Beurteilung zurückgewiesen. Von 4 Rechtsverzögerungsbeschwerden wurden 1 gutgeheissen und 3 abgeschrieben. 1 Ausstandsbegehren wurde abgewiesen und auf 3 Revisionsbegehren wurde nicht eingetreten.

Das *Gesamtgericht* entschied über 2 zugewiesene Berufungen betreffend Abteilungsbesetzung an einem Bezirksgericht. In beiden Fällen erfolgte Verfahrensrückweisung an die Vorinstanz.

Der *Kantonsgerichtspräsident* wies 1 Massnahmebegehren in Ehesachen ab und schrieb zudem 1 weiteres Begehren ab. 2 Massnahmebegehren im Markenrecht wurden ebenfalls abgeschrieben.

3. Schuldbetreibung und Konkurs

Die *2. Rekurskammer* behandelte 131 (Vorjahr 123) Geschäfte (inkl. Nachlasssachen), darunter 33 Rekurse und 32 Nichtigkeitsbeschwerden in Rechtsöffnungssachen, 13 Rekurse und 3 Beschwerden in Konkursachen, 32 Aufsichtsbeschwerden, 1 Rekurs in Arrestsachen, 1 Gesuch um Bestimmung des Verwertungsverfahrens, 1 Rekurs betreffend Aufhebung einer Betreibung, 2 Rekurse betreffend Kostenfolge und unentgeltliche Rechtspflege, 1 Ausstands- sowie 1 anderes Begehren. Es wurden 16 Anträge ganz oder teilweise gutgeheissen, 38 abgewiesen, 43 durch Nichteintreten erledigt und 16 abgeschrieben. 7 Verfahren wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen. In einem Bankenkongkursverfahren wurden 4 diverse Begehren behandelt (Verlängerung Konkursverfahren, Rechenschaftsablage). 1 Disziplinarverfahren

wurde abgeschrieben. Zur Erteilung von Fähigkeitsausweisen für Betreibungsbeamte vgl. 5. Justizaufsicht und -verwaltung.

Nachlassverfahren: Auf 3 Gesuche um Nachlassstundung wurde nicht eingetreten, 1 Nachlassstundung wurde gewährt und 1 Verlängerung der Nachlassstundung bewilligt. Auf 1 Gesuch um Genehmigung eines Nachlassvertrages im Konkurs wurde nicht eingetreten.

Der Kantonsgerichtspräsident visitierte zusammen mit dem Betreibungs- und Konkursinspektor zwei Betreibungsämter (vgl. Inspektoratsbericht S. 26).

4. Notariats- und Grundbuchwesen; Anwaltsrecht

Die 1. *Rekurskammer* behandelte 6 Beschwerden und 2 Aufsichtsbeschwerden, wovon 4 abgewiesen und auf 4 nicht eingetreten wurde. Zur Inkraftsetzung des Eidgenössischen Grundbuches vgl. V. Justizaufsicht und -verwaltung. Der Kantonsgerichtspräsident nahm an der Amtsübergabe für das Notariat und Grundbuchamt Gersau teil (vgl. Inspektoratsbericht S. 47).

Die 1. *Rekurskammer* erteilte 3 Substitutionsbewilligungen und 1 wurde verlängert. 1 Gesuch um Entbindung vom Anwaltsgeheimnis wurde bewilligt (Vorjahr: 74 Geschäfte; vgl. Rechenschaftsbericht der Anwaltskommission, welche die Geschäfte mit ihrer Neueinsetzung durch das Kantonsgericht per 3. Februar 2003 übernommen hat).

5. Justizaufsicht und -verwaltung

Am 3. November 2003 wurde eine Gerichtspräsidentenkonferenz durchgeführt, an welcher alle Präsidenten und vollamtlichen Richter der dem Kantonsgericht unterstellten Gerichte teilnahmen. Anschliessend fand eine Aussprache mit einer Delegation des kantonalen Anwaltsverbandes statt.

Der Kantonsgerichtspräsident besuchte nebst weiteren Konferenzen die kantonalen Tagungen des Notarenverbands, Anwaltsverbands, der Vermittler, der Betreibungsbeamten sowie den Schweizerischen Juristentag vom 26./27. September 2003 in Brunnen. Nebst den Visitationen fanden Besuche bei der Staatsanwaltschaft und dem Verhöramt sowie an einem Rapport der Kriminalpolizei statt. Am 29. Juli 2003 wurden die kantonalen Medien zu einer Aussprache eingeladen.

Die Mitarbeiter des Kantonsgerichts nahmen im Verlauf des Jahres an verschiedenen Weiterbildungsveranstaltungen teil.

Das *Gesamtgericht* wählte die Anwaltskommission und erliess das Reglement zur Anwaltsverordnung. Aufgrund der Wahl von Dr. Martin Ziegler zum neuen Kantonsgerichtspräsidenten nahm das Gericht am 15. April 2003 die Neukonstituierung samt Kammerbesetzungen vor. Zudem wählte das Gesamtgericht einen Gerichtsschreiber sowie einen a.o. Gerichtsschreiber mit den Befugnissen eines ordentlichen Gerichtsschreibers.

Die *1. Rekurskammer* setzte das Eidgenössische Grundbuch in Kraft:

- im Bezirk Einsiedeln Kreis XII , 1. Teil Dorf A.

Es stellte 1 Bewerber auf Grund einer vor der Anwaltskommission bestandenen Prüfung das Fähigkeitszeugnis als Notar aus. 2 Urkundspersonen wurden registriert.

Die *2. Rekurskammer* lehnte 1 Gesuch um Erteilung des Wahlfähigkeitszeugnisses als Betreibungsbeamter ab. 2 Bewerbern wurde dieses infolge bestandener Prüfung und 4 Bewerbern infolge Anerkennung bisheriger Ausweise und/oder bisheriger Tätigkeit gestützt auf § 6 Abs. 2 EVzSchKG ausgestellt.

Das *Präsidium* (bestehend aus dem Präsidenten und den beiden Vizepräsidenten) entschied über 7 allgemeine Aufsichtsanzeigen gegen unterstellte Behörden sowie Rechtsanwälte, wovon 3 Begehren abgewiesen, auf 1 nicht eingetreten und 1 abgeschrieben wurde; 2 Verfahren wurden eingestellt. Es erliess den Gerichtskalender und wählte eine neue Kanzleisachbearbeiterin.

Der *Kantonsgerichtspräsident* bewilligte einen unbesoldeten Urlaub und entliess eine Gerichtsschreiberin und zwei Kanzleimitarbeiterinnen aus dem Staatsdienst auf eigenen Wunsch. Er vereidigte zudem die gewählten Gerichtsschreiber.

Internationale und interkantonale Rechtshilfe: Im Jahre 2003 wurden durch Gerichtsleitung und -kanzlei insgesamt 105 Rechtshilfegeschäfte (vor allem als Zentralbehörde in Zivil- und Handelssachen) erledigt.

6. Personelles

Am 1. April des Berichtsjahrs hat der neue Kantonsgerichtspräsident Dr. Martin Ziegler das Amt von seinem Vorgänger übernommen.

Als neuer Gerichtsschreiber mit einem hälftigen Pensum trat Dr. Matthias Amann sein Amt am 1. Juni 2003 an, nachdem seine Vorgängerin lic. iur. Daniela Pérez-Steiner als Untersuchungsrichterin zum Bezirksamt Schwyz

gewechselt hat. Die Gerichtsschreiberpensen von fünf Stellen konnten voll besetzt werden.

Im Verlauf des Berichtsjahres ist Kantonsrichter *Adrian Elmer*, Wangen, Richter in der 1. Rekurskammer, schwer erkrankt. Er verstarb am 27. Januar 2004 im Amt. Das Gericht musste mit grosser Trauer von einem zuverlässigen und engagierten Richter Abschied nehmen, der 1996 vom Bezirk March ins Kantonsgericht gewählt worden war.

Für die Amtsperiode 2004/08 entstehen damit voraussichtlich drei Vakanzen im Gericht, die die Bezirke March, Küssnacht und Höfe betreffen. Mit Rücksicht auf die bisherige Gerichtsbesetzung sollten mindestens zwei Richterstellen mit Frauen besetzt werden. Betreffend persönliche und fachliche Voraussetzungen für das nebenberufliche Richteramt wurde dem Justizausschuss schon im Herbst 2003 das verlangte *Anforderungsprofil* zuhanden der politischen Parteien und Kandidaten abgeliefert.

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass das Kantonsgericht trotz Steigerung der Erledigungszahlen (auf 90 Dossiers je juristische Vollzeitstelle, inkl. Rechtshilfe) mit der heutigen Dotierung an vollamtlichen Richterstellen an der Grenze seiner Kapazität angelangt ist und in absehbarer Zeit über die Schaffung eines dritten Vollamts nachgedacht werden muss.

Tabelle 12

Kammern/Verfahren	Alte	Neue	Total	Erlедigt	Pendent	Verfahrensdauer Eingang bis Versand	
A. Gesamtgericht							
Rechtsmittel	2	0	2	2	0	bis 2 Monate:	4
Diverse Geschäfte	0	4	4	4	0	bis 1 Jahr:	2
B. Zivilkammer							
Berufungen/Rm.*	76	69	145	82	63	bis 2 Monate:	13
Prozesse *	3	2	5	1	4	3-4 Monate:	7
Diverse Geschäfte	1	0	1	1	0	5-6 Monate:	1
						bis 1 Jahr:	14
						bis 2 Jahre:	20
						über 2 Jahre:	29
C. Strafkammer							
Berufungen/Rm.	51	28	79	45	34	bis 2 Monate:	7
Diverse Geschäfte	2	3	5	4	1	3-4 Monate:	0
						5-6 Monate:	0
						bis 1 Jahr:	10
						bis 2 Jahre:	14
						über 2 Jahre:	18
D. 1. Rekurskammer							
Zivilprozess-Sachen	74	99	173	116	57	bis 2 Monate:	33
Grundbuch/Notariat	0	8	8	8	0	3-4 Monate:	16
Anwälte	1	4	5	5	0	5-6 Monate:	18
Justizverwaltung	0	4	4	4	0	bis 1 Jahr:	50
Diverse Geschäfte	0	0	0	0	0	bis 2 Jahre:	15
						über 2 Jahre:	1
E. 2. Rekurskammer							
Strafsachen	7	34	41	34	7	bis 2 Monate:	118
SchKG-Sachen	32	132	164	130	34	3-4 Monate:	40
Justizverwaltung	1	6	7	7	0	5-6 Monate:	9
Diverse Geschäfte	1	0	1	1	0	bis 1 Jahr:	4
						bis 2 Jahre:	1
F. Präsidium							
Justizverwaltung	2	7	9	9	0	bis 2 Monate:	5
						5-6 Monate:	1
						bis 1 Jahr:	3
G. Präsident							
Haftbeschwerden	0	14	14	14	0	bis 2 Monat:	66
Diverse Geschäfte	1	56	57	55	2	3-4 Monate:	1
						5-6 Monate:	1
						bis 1 Jahr:	1
Total	254	470	724	522	202		522
Vorjahr **	225	475	700	447	254		
Rechtshilfe 2003		105	105	105	0		

* Korrektur gegenüber RB 2002

** ohne 75 Anwaltsregistrierungen (davon 4 aus dem Jahr 2001)

Ein aus dem Vorjahr übernommenes Schiedsgerichtsverfahren wurde infolge Klagerückzugs abgeschlossen und auf eine Klage betreffend Tarifstreitigkeit nicht eingetreten. Am Ende des Berichtsjahres war kein Verfahren mehr pendent. Das Schiedsgericht, das sich aus dem Kantonsgerichtspräsidenten und paritätisch aus je einem Schiedsrichter der vom Regierungsrat gewählten Vertretungen der Versicherer und der betroffenen Leistungserbringer zusammensetzte, wurde per 1. Januar 2004 durch das Verwaltungsgericht abgelöst (§ 52 der Gesundheitsverordnung).

Die Anwaltskommission hat im Februar ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie hat in Anwendung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vom 23. Juni 2000 das Anwaltsregister bereinigt und veröffentlicht. Neben der Überführung der im Kanton Schwyz zugelassenen Anwältinnen und Anwälte mit Geschäftsadresse im Kanton wurden 15 Eintragungsgesuche gutgeheissen, der Eintrag von drei Personen im Register wurde gelöscht (Aufgabe der selbstständigen Berufstätigkeit, Wegzug) und 2 Gesuche wurden abgeschrieben. Das Anwaltsregister kann in aktualisierter Fassung über das Internet abgerufen werden (www.kgsz.ch/anwaltskommission.htm). Im Berichtsjahr lagen insgesamt 18 Anmeldungen zur Anwaltsprüfung vor, wobei 4 Bewerber sich neu angemeldet haben. Drei Bewerbern wurde das Anwaltspatent aufgrund bestandener Prüfung erteilt. Vier Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden. Die Präsidentin hat 8 Personen zum Anwaltspraktikum zugelassen.

Tabelle 13

Verfahren	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
A. Anwaltsregister					
Eintragungen	9 *	12	21	15	6
Löschungen	0	4	4	3	1
Abschreibungen	0	2	2	2	0
B. Praktikumszulassungen	0	8	8	8	0
C. Anwaltsprüfungen	14	4	18	7	11
Patent erteilt: 3					
Patent nicht erteilt: 4					
D. Aufsichtsbeschwerden	0	3	3	0	3
E. Sonstiges **	0	1	1	0	1
Total	23	34	57	35	22

* Eingang 2002, registriert 2003

** Verlängerung der Substitutionsbewilligung

Das Bundesgericht behandelte im Jahre 2003 insgesamt 64 Rechtsmittel (Vorjahr 45), mit denen ein Entscheid des Kantonsgerichtes angefochten wurde. Von diesen 64 Rechtsmitteln wurden 1 strafrechtliche Nichtigkeitsbeschwerde und 1 zivilrechtliche Berufung gutgeheissen. Von den übrigen 62 Rechtsmitteln führte keines zu einer Änderung des angefochtenen Entscheides des Kantonsgerichtes (Vorjahr: 6 Rechtsmittel gutgeheissen, wovon 3 nur in einem Nebenpunkt).

Im Einzelnen handelt es sich um:

- 34 staatsrechtliche Beschwerden, wovon 15 abgewiesen, auf 14 nicht eingetreten und 5 abgeschrieben wurden;
- 10 zivilrechtliche Berufungen, wovon 1 gutgeheissen, 5 abgewiesen und auf 3 nicht eingetreten und 1 abgeschrieben wurde;
- 6 Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen, wovon 1 gutgeheissen, 1 abgewiesen und auf 4 nicht eingetreten wurde;
- 14 Beschwerden an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer, wovon 4 abgewiesen und auf 10 nicht eingetreten wurde.

Zudem trat das Bundesgericht auf 2 allgemein gehaltene staatsrechtliche Beschwerden, welche auf keinen konkreten kantonsgerichtlichen Entscheid Bezug nahmen, nicht ein.

In zwei vom Verwaltungsgericht gestützt auf § 58 Abs. 2 GO (durch Nicht-eintreten) beurteilten Ausstandsverfahren gegen das gesamte Kantonsgericht wurden die staatsrechtlichen Beschwerden abgewiesen, soweit darauf einzutreten war.

Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Im Namen des Verwaltungsgerichts erstatten wir Ihnen gemäss § 62 der Gerichtsordnung Bericht über die Geschäftstätigkeit im Jahre 2003.

Schatzungskommissionen für Expropriationen

Im letztjährigen Rechenschaftsbericht haben wir festgehalten, dass die Besetzung der Schatzungskommissionen gemäss § 9 des Expropriationsgesetzes vom 1. Dezember 1870 der Bezirke Schwyz, March und Höfe gegen die Unvereinbarkeitsbestimmung von § 1 Abs. 3 der Gerichtsordnung verstösst. Auf gerichtliche Aufforderung hin haben hierauf die Bezirksräte der angesprochenen Bezirke folgende Beschlüsse gefasst:

- **Bezirk Höfe:** Wahl der kantonalen Expropriationskommission des Kreises 2 (March-Höfe-Einsiedeln) als Expropriations- und Schatzungskommission des Bezirkes Höfe mit sofortiger Wirkung (Beschluss vom 11. Februar 2003)
- **Bezirk March:** Wahl der kantonalen Expropriationskommission des Kreises 2 (March-Höfe-Einsiedeln) mit sofortiger Wirkung als Expropriations- und Schatzungskommission des Bezirkes March (Beschluss vom 18. Februar 2003)
- **Bezirk Schwyz:** Wahl einer neuen Schatzungskommission, inkl. eines juristischen Sekretärs für den Rest der laufenden Amtsdauer 2000/2004 (Beschluss vom 6. Mai 2003).

Damit sind die festgestellten Unvereinbarkeiten behoben. Anstelle von 8 Schatzungskommissionen (6 für die Bezirke, 2 für den Kanton) bestehen nach dieser Neuorganisation faktisch noch 5 Kommissionen. Die kantonale Schatzungskommission für den Kreis March-Einsiedeln-Höfe amtiert zugleich als Bezirksschatzungskommission für diese drei Bezirke.

Die Zahl der Richter der kantonalen Gerichte ist in der Kantonsverfassung festgeschrieben (§§ 60 ff. KV). Das Verwaltungsgericht hat dabei die geringste Anzahl von Richtern (7), während das Kantonsgericht 13 und das kantonale Strafgericht 10 Richter (inkl. Ersatzrichter) aufweist. Die zunehmende Bedeutung von Verhandlungen und Beweisabnahmen bedingt eine tendenziell zunehmende zeitliche Belastung der nebenamtlichen Richterinnen und Richter, was sich bei der Suche geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten für nebenamtliche Richterämter negativ auswirken könnte. Im Zuge einer Teilrevision der Kantonsverfassung sollte die Zahl der Richter nicht mehr in der Kantonsverfassung, sondern auf der Stufe der Gerichtsordnung geregelt werden. Dies würde eine flexiblere Anpassung an veränderte Verhältnisse erlauben.

Die drei Kammern des Verwaltungsgerichts traten im 29. Geschäftsjahr zu 49 Gerichtssitzungen zusammen. Zweimal tagte das Gesamtgericht. Die Gerichtskammern beurteilten 392 (Vorjahr 406) Beschwerden und Klagen, während 1 Fall durch das Gesamtgericht entschieden wurde. 148 Fälle (Vorjahr 178) konnten durch Einzelrichterentscheid erledigt werden. Mit 541 hat die Anzahl der beurteilten Beschwerden und Klagen im Vergleich zum Vorjahr (584) abgenommen. 453 Beschwerden und Klagen (83.7% aller Fälle) konnten innert weniger als 6 Monaten entschieden werden. Bei jenen Fällen, die länger als 6 Monate beanspruchten (88), hängt dies häufig damit zusammen, dass Urteile anderer Instanzen abzuwarten waren, medizinische Gutachten ausstehend waren oder der Schriftenwechsel erheblich Zeit beanspruchte.

Die Anzahl der am Ende des Jahres hängigen Fälle (101) ist im Vergleich zum Vorjahr (179) deutlich gesunken. Dies ist auf einen starken Rückgang der Neueingänge auf dem Gebiete des Sozialversicherungsrechts zurückzuführen. Während im Jahre 2002 in der sozialversicherungsrechtlichen Kammer eine Rekordzahl von 321 Neueingängen registriert wurde, sind die Neueingänge der Kammer I im Berichtsjahr 2003 auf 152 abgesunken. Dieses Phänomen ist mit der Einführung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf den 1. Januar 2003 zu erklären. Während bis anhin in fast allen Sozialversicherungsbereichen Verfügungen direkt mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden konnten, ist mit dem ATSG ein Einspracheverfahren vorgeschaltet worden. Dies hat zur Konsequenz, dass ab Februar 2003 in verschiedenen Bereichen vorerst die Beschwerdeeingänge versiegt und in einer zweiten Phase infolge der Filterwirkung des Einspracheverfahrens die Neueingänge weniger zahlreich waren als in früheren Jahren. Die markantesten Rückgänge sind bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung, der Invalidenversicherung und der Arbeitslosenversicherung zu verzeichnen. Demgegenüber weisen die Unfallversicherung (UVG) und der Bereich der beruflichen Vorsorge (BVG) deutliche Zunahmen auf. Auf diese beiden Sozialversicherungen hat das ATSG keine Auswirkungen. Für das BVG gilt das ATSG nicht und im UVG-Bereich war schon seit jeher ein Einspracheverfahren vorgeschaltet. Mittel- bis längerfristig wird wohl eher wieder mit einem gewissen Anstieg der Fälle, namentlich bei der Invalidenversicherung, zu rechnen sein.

Der Rückgang an Fällen kann nicht mit einem analogen Rückgang an Arbeitsaufwand gleichgesetzt werden. Dies erstens, weil durch ein Einsprachever-

fahren naturgemäss eher die einfacheren Fälle nicht mehr bis zum Verwaltungsgericht gelangen. Weiter ist zu beachten, dass die Beschwerden gerade in jenen Bereichen, bei denen Zunahmen zu verzeichnen sind (z. B. Unfallversicherung), überdurchschnittlich arbeitsaufwändig sind. Ein Beweis für diese Aussage ist auch darin zu sehen, dass bei den Entscheiden die Zahl der Einzelrichterentscheide deutlich stärker rückläufig ist als jene der Kammer- bzw. Gesamtgerichtsentscheide.

Im Gegensatz zur sozialversicherungsrechtlichen Kammer haben in der Abgabekammer (K II) und der Allgemeinen Kammer (K III) die Zahl der Neueingänge leicht zugenommen (je plus 5). In der Kammer III wurden im Berichtsjahr auch deutlich mehr Entscheide gefällt (260) als im Vorjahr (228). Ins Auge sticht namentlich, dass mehr als doppelt so viele Entscheide auf dem Gebiet des Bau-, Planungs-, und Umweltschutzrechtes (44 im Jahr 2003 gegenüber 21 im Jahr 2002) gefällt wurden. Auch hiebei handelt es sich in der Regel um arbeitsintensive Fälle, die zudem häufig mit Augenscheinen/Parteiverhandlungen gekoppelt sind.

Von den Ende 2003 hängigen Fällen waren nur 22 (Vorjahr 35) älter als 4 Monate.

Gerichtssitzungen der einzelnen Kammern:

	ganztägige Sitzungen	halbtägige Sitzungen	Total
Kammer I	9	4	13
Kammer II	2	7	9
Kammer III	15	12	27
Gesamtgericht	1	1	2
Total	27	24	51

Gesamtübersicht

	Kammer I	Kammer II	Kammer III	Total 2002	Total 2003
Einzelrichterentscheide	28	7	113	178	148
Kammergerichtsentscheide	197	48	147	406	392
Gesamtgerichtsentscheide	-	1	-	-	1
	225	56	260	584	541

Geschäftsgang

Am Jahresende waren bei den einzelnen Kammern hängig:

	Kammer I	Kammer II	Kammer III	Total
Eingänge vor 2003	2	5	5	12
Eingänge Jan.–Juni 2003	1	1	4	6
Eingänge Juli–Aug. 2003	1	1	2	4
Eingänge im Sept. 2003	2	4	8	14
Eingänge im Okt. 2003	5	4	4	13
Eingänge im Nov. 2003	12	7	7	26
Eingänge im Dez. 2003	10	5	11	26
Total	33	27	41	101

Einzelübersicht Kammer I

1. Gegenstand	Einzelrichter entscheide	Kammergerichts entscheide+ Gesamtgericht	Total 2002	Total 2003
AHVG				
– Renten	-	1	7	1
– Beitrags-, Nachzahlungs-, Veranlagungsverfügungen usw.	5	5	30	10
– übriges AHV-Recht	1	15	12	16
AHVG insgesamt	6	21	49	27
Invalidenversicherung				
– Eingliederungsmassnahmen	1	6	17	7
– Renten	3	35	67	38
– übriges IV-Recht	1	14	8	15
IV insgesamt	5	55	92	60

 Geschäftsgang

– Ergänzungsleistungen	2	13	29	15
– Familien- und Kinderzulagen	1	1	4	2
– Krankenversicherung u. Prämienverbilligung/ Versicherungsvertragsgesetz	-	15	12	15
– Unfallversicherung	2	32	22	34
– Arbeitslosenversicherung	7	35	83	42
– berufliche Vorsorge	4	16	11	20
– Erwerbsersatzordnung (EOG)	1	-	2	1
– Militärversicherung	-	1	-	1
– Registrierungsgesuche von Steuervertretern	-	9	1	9
Total	28	198	305*	226*

2. Verfahrensdauer	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
bis 1 Monat	13	15	47	28
1 bis 2 Monate	5	13	41	18
2 bis 4 Monate	3	64	113	67
4 bis 6 Monate	2	65	62	67
6 Monate bis 1 Jahr	1	38	21	39
1 bis 2 Jahre	3	2	7	5
über 2 Jahre	1	-	7	1
Total	28	197	298	225

3. Entscheidungsergebnisse	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
– Gutheissung (ganz oder teilweise)	1	80	82	81
– Abweisung/Nichteintreten	12	114	163	126
– Widerruf der angefochtenen Verfügung	9	-	33	9
– Rückweisung an die Verwaltung	-	24	31	24
– Rückzug des Rechtsmittels oder Gegenstandslosigkeit aus andern Gründen	8	3	19	11
Total	30	221	328*	251*

* Die Abweichungen in den Einzelübersichten gegenüber der Gesamtübersicht beruhen darauf, dass vereinzelt Fälle mehr als ein Rechtsgebiet betreffen. Bei den Aufstellungen über die Entscheidungsergebnisse ist dies damit zu erklären, dass vereinzelt beispielsweise eine teilweise Gutheissung mit einer Rückweisung zur Neubeurteilung kombiniert worden ist.

Kammer II

1. Gegenstand	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
- Einkommens- und Vermögenssteuer, (Staats- und Bundessteuern)	-	17	17	17
- Güterschätzungen	1	1	1	2
- Grundstückgewinnsteuer	-	-	1	-
- Ordnungsbussen	3	1	2	4
- Nach- und Strafsteuern	-	3	2	3
- Handänderungssteuer	2	-	10	2
- Perimeterbeiträge von Flur- und Wuhrgenossenschaften	-	2	3	2
- Kausalabgaben (Gebühren, Beiträge, Ersatzabgaben)	1	19	15	20
- Militärflichtersatz	-	1	1	1
- andere öffentliche Abgaben und Verfahrensrecht	-	5	6	5
Total	7	49	58	56
2. Verfahrensdauer	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
bis 1 Monat	5	-	7	5
1 bis 2 Monate	1	6	6	7
2 bis 4 Monate	-	18	18	18
4 bis 6 Monate	-	8	16	8
6 Monate bis 1 Jahr	-	13	9	13
1 bis 2 Jahre	1	2	2	3
über 2 Jahre	-	2	-	2
Total	7	49	58	56
3. Entscheidungsergebnisse	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
- Gutheissung (ganz oder teilweise)	-	26	21	26
- Abweisung/Nichteintreten	2	22	29	24
- Widerruf der angefochtenen Verfügung	1	1	-	2
- Rückweisung an die Verwaltung zur Neubeurteilung	-	10	4	10
- Rückzug des Rechtsmittels oder Gegenstandslosigkeit aus andern Gründen	4	-	8	4
Total	7	59	62*	66*

Kammer III

1. Gegenstand	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
– Strassenverkehrsrecht (Administrativmassnahmen)	33	35	67	68
– Wirtschaftspolizeirecht	1	2	3	3
– Bau- und Planungsrecht/ Natur- und Heimatschutz/ Umweltschutz	3	41	21	44
– ZGB (fürsorgerische Freiheitsentziehung Kinderschutzmassnahmen Vormundschaftsrecht, Erbrecht)	31	22	49	53
– GOG/Finanzhaushaltsgesetz/ Stimmrechtsbeschwerden	3	5	3	8
– Submissionsrecht	5	11	15	16
– Enteignungsrecht	-	-	2	-
– Vollstreckungsverfügungen	5	1	8	6
– Landwirtschaft/Forstwirtschaft	9	4	11	13
– Klageverfahren	1	1	7	2
– Strafvollzug	4	5	4	9
– Ausländerrecht	14	4	12	18
– Schulrecht/Erziehungswesen	-	-	3	-
– öffentliches Dienstverhältnis	-	2	8	2
– Sozialhilfegesetz	-	2	6	2
– Kant. Staatskirchenrecht	-	1	1	1
– Gesundheitswesen	-	1	-	1
– Verfahrensrecht und Verschiedenes	4	10	11	14
Total	113	147	231*	260*

Geschäftsgang

2. Verfahrensdauer	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
bis 1 Monat	91	21	88	112
1 bis 2 Monate	10	20	58	30
2 bis 4 Monate	5	61	49	66
4 bis 6 Monate	3	25	23	28
6 Monate bis 1 Jahr	1	17	10	18
1 bis 2 Jahre	3	3	-	6
über 2 Jahre	-	-	-	-
Total	113	147	228	260

3. Entscheidungsergebnisse	Einzelrichter- entscheide	Kammergerichts- entscheide	Total 2002	Total 2003
- Gutheissung (ganz oder teilweise)	20	43	45	63
- Abweisung/Nichteintreten	29	98	112	127
- Widerruf der angefochtenen Verfügung	17	-	23	17
- Rückweisung an die Verwaltung zur Neubeurteilung	-	6	3	6
- Rückzug des Rechtsmittels oder Gegenstandslosigkeit aus andern Gründen	48	-	50	48
Total	114	147	233*	261*

Im Jahre 2003 wurde gegen Verwaltungsgerichtsentscheide 60 Mal ein Rechtsmittel ergriffen (im Vorjahr 74). 36 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gingen ans Eidgenössische Versicherungsgericht in Luzern und 24 Rechtsmittel wurden beim Schweizerischen Bundesgericht in Lausanne eingereicht. In den meisten Fällen reichte das Verwaltungsgericht eine Vernehmlassung ein.

Das Schweizerische Bundesgericht in Lausanne beurteilte im Jahr 2003 28 Fälle, die sich auf Rechtsmittel bezogen, welche in den Jahren 2002 und 2003 beim Bundesgericht eingereicht worden waren. 2 Beschwerden wurden ganz, 1 teilweise gutgeheissen, 22 Beschwerden wurden abgewiesen, in 2 Fällen wurde eine Rückweisung zur Neuurteilung angeordnet und eine Beschwerde konnte infolge Rückzugs abgeschrieben werden.

Das Bundesgericht in Luzern (Eidgenössisches Versicherungsgericht) beurteilte im Berichtsjahr 55 Beschwerden, welche dort in den Jahren 2001 - 2003 eingegangen waren. 5 Beschwerden wurden ganz, 4 Beschwerden wurden teilweise gutgeheissen. 40 Beschwerden wurden abgewiesen, 2 zurückgezogen und 4 Beschwerden wurden zur ergänzenden Sachverhaltsabklärung an die Verwaltung zurückgewiesen.

Schwyz, im Januar 2004

Der Präsident des Verwaltungsgerichts
lic. iur. Werner Bruhin